

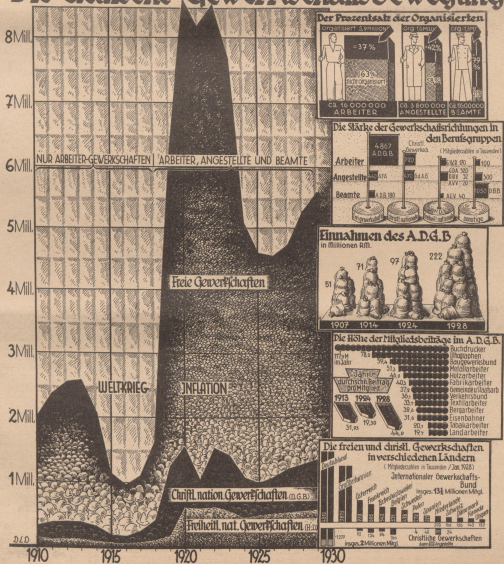
Der Heimatsdienst

Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatsdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Ministerialbeschluss Dr. von Hugenroth, Das Finanzprogramm; Ministerialbeschluss Dr. Fegler, Hilfe der Landwirtschaft — Schenken von Dreyson; Ministerialbeschluss Dr. Siegel, Was der Arbeit der Reichszentrale für Heimatsdienst im vorangehenden Jahre; Paul Gräter, Wähler von der Vogelnische; Reg.-Rat Dr. Joachim Sieder, Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung; Dr. B. Kiedhoff, Dürrenbach als Volksbewegung.

In Kommission:
Zentralverlag G. m. Berlin W 35
Halbjährlich 3,50 Mark 7. Jährlich 7,20 Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung



Das Finanzprogramm.

Von Ministerialdirektor Dr. von Hagenow.

In Nr. 7 des „Heimatdienstes“ vom 1. April d. J. habe ich mich auf Seite 107 ff. mit dem beabsichtigten Finanzprogramm der Reichsregierung befaßt und dessen Grundzüge dargelegt. Das Programm sah vor:

1. Erhöhung der Biersteuer um 75 v. H.,
2. Erhöhung des Kaffee- und Teezolls,
3. Erhöhung des Benzinzolls und Einführung eines Benzinzolls (Mineralzölle) sowie Besteuerung der inländischen Mineralöle — innere Ausgleichsteuer auf Benzin und Benzol —,
4. Einführung der Mineralwassersteuer,
5. Verkürzung der Zahlungsfristen bei den indirekten Steuern (Tabak- und Zuckersteuer),
6. Verzicht auf Herabsetzung der Industriebelastung.

Diese Maßnahmen ergaben ein Mehraufkommen von 475 Millionen RM, wovon 305 Millionen RM auf das Reich und 170 Millionen RM auf die Länder und Gemeinden entfallen sollten. Die Durchführung dieses Finanzprogramms stieß im Parlament auf große Schwierigkeiten. Der Reichstag war nicht geneigt, die vorgeschlagene Biersteuererhöhung von 75 v. H. anzunehmen. Infolgedessen sah sich die Reichsregierung zur Herbeiführung einer Gesamteinigung unter den Regierungsparteien veranlaßt, einen Kompromiß zuzustimmen, dem eine geoffnete Biersteuererhöhung von durchschnittlich 45 v. H. zugrunde lag. Diese Regelung ergab eine Mehreinnahme von nur 150 Millionen RM im Gegensatz zu der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Erhöhung der Biersteuer von 75 v. H. mit 240 Millionen RM Mehraufkommen. Aus diesem Grunde mußten weitere neue Einnahmequellen erschlossen werden. Man fand diese einmal in der Erhöhung der Umsatzsteuer um 0,10 v. H., also von 0,75 auf 0,85 v. H. (Mehraufkommen 110 Millionen RM.), sodann in einer Sonderbesteuerung der großen Umsätze in der letzten Hand bei Umsätzen von 1 Million RM. an mit weiteren 0,50 v. H. (Mehraufkommen 27 Millionen RM.). Mit diesen Abänderungen wurde das Finanzprogramm in der Reichstagsfassung vom 14. April d. J. in dritter Lesung — wenn auch nur mit knapper Mehrheit — angenommen. Es bringt im ganzen eine Mehreinnahme von 554 Millionen RM., nämlich:

- | | |
|--|-------------------|
| 1. Biersteuererhöhung | 150 Millionen RM. |
| (Gesetz zur Änderung des Biersteuergesetzes vom 15. April 1930 — Reichsgesetzblatt I Seite 136 —) | |
| 2. Umsatzsteuererhöhung | 110 „ „ |
| (Artikel 7 des Gesetzes zur Änderung des Biersteuergesetzes vom 15. April 1930 — Reichsgesetzblatt I Seite 136 —) | |
| 5. Sondersteuer für große Umsätze | 27 „ „ |
| (Gesetz wie vor.) | |
| 4. Erhöhung des Kaffee- u. Teezolls | 50 „ „ |
| (Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 20. Februar 1930 — Reichsministerialblatt Seite 45 —) | |
| 5. Mineralöle | 65 „ „ |
| (Gesetz über Zolländerungen vom 15. April 1930 — Reichsgesetzblatt I Seite 131 —) | |
| 6. Innere Ausgleichsteuer | 12 „ „ |
| (Mineralölsteuer: Artikel 3 des Gesetzes über Zolländerungen vom 25. April 1930 — Reichsgesetzblatt I Seite 131 —) | |
| 7. Mineralwassersteuer | 40 „ „ |
| (Gesetz vom 14. April 1930 — Reichsgesetzblatt I Seite 139 —) | |

454 Millionen RM.

Übertrag: 454 Millionen RM.

- | | |
|---|--------|
| 8. Verkürzung der Zahlungsfristen bei indirekten Steuern — Tabak- und Zuckersteuer — | 30 „ „ |
| (Gesetz zur Änderung des Tabak- und Zuckersteuergesetzes vom 15. April 1930 — Reichsgesetzblatt I Seite 135 —) | |
| 9. Industriebelastung | 50 „ „ |
| (Gesetz über die Erhebung der Aufbringungsumlage für das Rechnungsjahr 1930 vom 15. April 1930 — Reichsgesetzblatt I Seite 141 —) | |

350 Millionen RM. werden erhoben, wovon 70 Millionen RM. dadurch als getilgt gelten, daß sie zugunsten des Reiches aus dem Reservefonds der Bank für Industriebelastungen entnommen werden.)

534 Millionen RM.

Von diesem Mehraufkommen erhalten:

- | | |
|--|----------------------|
| das Reich | 361,2 Millionen RM., |
| und die Länder und Gemeinden | 172,8 Millionen RM., |

	Reich L ä n d e r	
	in Millionen RM.	
1. Biersteuererhöhung	58,5	91,7
<small>Nach Artikel VIII des Gesetzes erhalten die Länder vom 1. 4. 1930 ab eine Umlage auf 1/2 des Ziffernsummens an Einkünften, die Umlagezahlung nach dem Verhältnis des Ziffernsummens verteilt.</small>		
2. Umsatzsteuererhöhung	77	33
3. Sondersteuer für große Umsätze	18,9	8,1
4. Erhöhung des Kaffee- und Teezolls	50	—
5. Mineralöle	65	—
6. Innere Ausgleichsteuer (Mineralölsteuer)	12	—
7. Mineralwassersteuer	—	40
8. Verkürzung der Zahlungsfristen bei indirekten Steuern (Tabak- und Zuckersteuer)	30	—
9. Industriebelastung	50	—
	361,2	172,8

Die neuen Steuern ergeben mithin für die Länder den vorgesehenen Bedarf von rund 170 Millionen RM.; für das Reich bringen sie im Vergleich zu dem ursprünglich angenommenen Bedarf von 305 Millionen RM. ein Mehr von 36,2 Millionen RM. Dieser Mehrbetrag macht ziemlich genau den Betrag aus, um den sich inzwischen nach den endgültigen Berechnungen die Ausgabenseite des Etats 1930 erhöht hat.

Neben den Steuererträgen kam auch das Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform vom 28. April 1930 zur Verabschiedung. Es enthält in seinem Artikel I die Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitslosenversicherung, nämlich:

1. Gewährung von Reichszuschüssen an die Reichsanstalt, deren Höhe alljährlich im Reichshaushaltsplan festgesetzt wird.
2. Der Reichszuschuß für das Rechnungsjahr 1930 beträgt 150 Millionen RM., der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung 3% v. H.
3. Zur Erleichterung des Ausgleichs zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt soll der Vorstand der

Anfall die erforderlichen Maßnahmen auf dem Wege der Verwaltung treffen sowie der Reichsregierung Vorschläge zur Reform des Gesetzes unterbreiten.

4. Im äußersten Notfall soll das Reich der Reichsanstalt Darlehen gewähren, jedoch mit der Maßgabe, daß die Reichsregierung nach Prüfung weiterer Ersparnis-möglichkeiten auf dem Wege der Gesetzgebung alsbald eine Gesetzesvorlage einzubringen hat, die

- a) durch Betrageserhöhung die Rückzahlung des Darlehens ermöglicht,
- oder b) durch eine Reform der Arbeitslosenversicherung den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herstellt,
- oder c) zur Deckung der für die Darlehen aufzuwendenden Beträge dem Reich die notwendigen Mittel zuführt.

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (§ 159) sieht die Bildung eines Notfonds vor, auf den zurüdgegriffen werden soll, falls die Ausgaben nicht durch die Einnahmen der Reichsanstalt gedeckt werden können. Der bisherige Betrag dieses Notfonds von 50 Millionen RM. ist veräußert worden. Da aber die Bildung eines Notfonds unbedingt geboten ist, um eine unvorhergesehene Inanspruchnahme von Reichsmitteln auszufüllen, schreibt § 6 Artikel I des Gesetzes zur Vorbereitung der Finanzreform vor, daß dem Notfond der Reichsanstalt zuzuführen sind:

- 1. 50 Millionen RM. aus der Industrie-Aufbringungs-umlage,
- 2. das 1425 Millionen RM. übersteigende Lohnsteuer-aufkommen bis zum Höchstbetrage von 50 Millionen RM.

Der Artikel III des genannten Gesetzes, der mit dem auf die Verkündung des Gesetzes folgenden Tage in Kraft tritt, enthält nachstehende Vorschriften über die Steuerentlastung und Ausgabenerparnis:

- a) Der Reichsminister der Finanzen wird beauftragt, gemeinsam mit dem Reichspar-Kommissar ein langfristiges Sparprogramm aufzustellen, das die Grundlage für eine Steuerentlastung schafft und namentlich auch eine baldige Senkung der fortdauernden Ausgaben gewährleistet,

- b) von den Ausgaben des ordentlichen Haushalts für 1930 sind mindestens 600 Millionen RM. im Haushalt für 1931 einzusparen,
- c) die durch Verminderung der Gesamtausgaben des ordentlichen Haushalts eintretenden Ersparnisse sind unter Berücksichtigung der Kasienlage sowie der Zuschläge oder der Abschläge, die sich aus der Entwidlung der Einnahmen des Reichs ergeben, für Senkung von direkten Steuern zu verwenden.

Hinsichtlich der Steuerentlastungen ist in erster Linie — weil vordringlich — an eine Senkung der Realsteuern, insbesondere der Gewerbesteuern, gedacht und weiterhin eine Senkung der Einkommensteuer vom 1. April 1931 in Aussicht genommen. Die Senkung der Realsteuern soll unter Einschaltung eines beweglichen Faktors in das Steuer-system erfolgen, durch den grundsätzlich alle Gemeindebürger zu den Lasten der Gemeinde herangezogen werden. Hierbei wird auch die Frage nach einer besonderen Rechnungsprüfung der Gemeinde durch eine unabhängige Stelle zu klären sein.

Durch die genannten, vom Reichstag angenommenen Steuer-gesetze ist der erste Schritt zur Reichsfinanzreform getan, indem die Kassenanierung sichergestellt, die beabsichtigte Tilgung der schwebenden Schulden gewährleistet und dem An-wachsen eines neuen Fehlbetrages im Etat 1930 vorgebeugt worden ist. Bemert muß werden, daß der Reichstag den im Etat 1930 eingestellten Schuldentilgungsfonds von 450 Millionen RM. auf 515 Millionen RM. erhöht hat, um aus ihm neben dem Defizit von 1928 mit 154 Millionen RM. auch das Defizit von 1929 mit 364 Millionen RM. zu decken. Die nächste Aufgabe wird sein: Ausgaben-senkung und Steuer-senkung. Ein Ausgaben-senkungs-gesetz, das in Vorbereitung ist, wird die notwendige Grundlage zur Herbeiführung weiterer Ersparnisse schaffen. Daneben werden in den Sommer-monaten, in Verbindung mit dem Steuer-einheitlichungs-gesetz und dem Finanz-ausgleich, die erforderlichen gefälligen Maßnahmen für die erwünschten Steuerentlastungen getroffen werden. Zur Förderung der notwendigen Verformung der deutschen Wirtschaft mit fremdem Kapital wird demnach dem Reichstag der Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes zugehen, das die Reichsregierung in die Lage versetzt, auf dem Gebiete des Steuerabzugs vom Kapitalertrag und der Kapitalertrags-feuer Milderungen zu gewähren.

Hilfe der Landwirtschaft — Schutz dem Verbraucher.

Von Ministerialrat Dr. F e j e r.

I.

Der Ablauf des wirtschaftspolitischen Geschehens hat sich in den letzten Monaten und Wochen beschleunigt. Darum ist in weiten Kreisen ein Grad von Unsicherheit in der Beurteilung der Lage und von Verwirrung entstanden, der bedenklich ist. Bei ruhiger und sachlicher Betrachtung zeichnen sich aber die Linien der Entwicklung klar und einfach ab.

II.

Es ist ein historisches Verdienst des Enquete-ausschusses, des Instituts für Konjunkturforschung und nicht zuletzt der Preußentasse, daß sie die Lage der Landwirtschaft in eingehenden Nachprüfungen festgelegt und die Ergebnisse dieser wertvollen Arbeiten veröffentlicht haben. Es geschah Ende 1927, Anfang 1928. Damals erkannten die anderen Berufsstände erst dadurch zu ihrem Ersauern und mit berechtigter Beforgnis, daß die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit schwerer wirtschaftlicher Not kämpften und daß viele zu erliegen drohten, wenn ihnen nicht im wohlverstandenen Interesse aller geholfen wurde.

Auf Grund dieser Erkenntnisse, die dank der Bemühungen der gesamten Presse mehr und mehr in alle Schichten der Bevölkerung drang, war es möglich, im März 1928 ein Not-programm, im Juli und Dezember 1929 Zollerhöhungen und

andere Maßnahmen für die Landwirtschaft durchzubringen und im März und April 1930 diese Hilfen weiter auszubauen.

Die Steigerung der Intensität dieser Hilfsmassnahmen war nötig. Denn die Lage der Landwirtschaft hat sich seit Anfang 1928 nicht gebessert, sondern, im wesentlichen wegen der Preiskatastrophen auf den agrarischen Weltmärkten, verschlechtert.

Kein Erwerbsstand kann gedeihen, wenn die Preise seiner Waren oder Erzeugnisse wesentlich niedriger sind als die der anderen Berufe. Denn jeder muß von anderen beziehen, und höhere Ausgaben bei geringeren Einnahmen zehren am Kapital.

Es ist schwer, den Preisstand zu vergleichen. Mengen und andere Modalitäten spielen dabei eine Rolle. Gleichwohl lassen sich die Grundzüge der Entwicklung mit einiger Sicherheit an den Index-ziffern ablesen.

Die amtlichen Großhandelsindex-ziffern betragen, 1913 = 100 gesetzt:

	für Agri-ar-stoffe	für industrielle Fertigwaren	im gesamten Durchschnitt
Anfang Januar 1928 . . .	134,4	155,6	139,4
" " " 1929 . . .	131,3	159,3	139
" " " Dezemb. 1929 . . .	126,5	156,2	134,6
Am 2. April 1930 . . .	111,1	152,1	126,6

Schon diese Zahlen dürften genügen, um die verstärkten staatlichen Anstrengungen zur Herbeiführung einer Angleichung der agrarischen Preise an den Gesamtindex zu rechtfertigen.

Aber dieses große Ziel sind alle sachlich Urteilenden nach wie vor einzig. Meinungsverschiedenheiten können für sie nur über die Mittel bestehen, mit denen das Ziel angestrebt werden soll.

Die Überzeugung, daß der Zollschutz für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse verpakt werden müsse, setzte sich Mitte 1929 auch bei den maßgebenden Vertretern der Verbraucher durch. Der Aufhebung der niedrigen Getreidezwischenzölle und der starken Heraussetzung des Butterzollens im Juli 1929 folgte die Erhöhung der Zölle für Getreide und Vieh am 22. Dezember.

Die weitere unangünstige Entwicklung auf dem Weltmarkt, die Gefahr einer Überflutung Deutschlands mit ausländischem Getreide, zwang dann zur Steigerung des Zollschutzes durch die Gesetze vom 26. März 1930. Das Maismonopol wurde geschaffen; es soll, wie die Zölle, dem Preischutz des inneren Marktes dienen.

Weder im Ziele noch in der Methode erfuhr die Agrarpolitik des Reiches eine Änderung durch die Gesetzgebung vom 15. April. Den Gefahren, die der einheimischen Erzeugung durch den Weltmarkt drohen, soll dadurch rascher und wirksamer begegnet werden können, daß der Regierung weitgehende Ermächtigungen zur Erhöhung von Zöllen und zur Förderung der Ausfuhr agrarischer Produkte an die Hand gegeben werden.

Wenn es die Entwicklung der Preise oder der Wirtschaftslage fordert, kann die Regierung nun die Zölle herauf- oder herabsetzen, ohne an Höchst- oder Mindestgrenzen gebunden zu sein. Schon in den Gesetzen vom 22. Dezember war der Regierung innerhalb gewisser Grenzen bei der Bemessung der Getreidezölle Handlungsfreiheit gelassen; die Grenzen waren im März erweitert worden.

So ist die Freilegung von diesen Bindungen nach oben und unten die folgerichtige Erweiterung des Ende 1929 eingeführten Systems beweglicher Zölle.

Wie die Indexziffern zeigen, haben die Zollerhöhungen bisher den Erfolg nicht gehabt, den alle verantwortlichen Stellen durch sie anstrebten. Die Preise der agrarischen Produktion haben sich auch im ersten Vierteljahr 1930 nicht gehoben. Die Hilfe des Staates muß also verstärkt werden, wenn weiter versucht werden soll, den bedrohten Berufsstand zu retten.

III.

Jeder Eingriff des Staates in die Volkswirtschaft ist mit gewissen Gefahren verbunden. Die zentrale Beeinflussung oder Regelung der unendlich vielfachartigen wirtschaftlichen Lebensverhältnisse kann Folgen nach sich ziehen, deren Maß und Bedeutung sich nicht stets in ihrem ganzen Umfange vorzusehen lassen.

Bei der Heraussetzung von Zollziffern ist es im allgemeinen schon fraglich, ob sie den erhofften unmittelbaren Erfolg haben werden. Gerade die Agrarzölle waren hierfür ein deutliches Beispiel. Preisstürze auf dem Weltmarkt, Nachlassen der Nachfrage im Inlande können die erwarteten Wirkungen ganz oder teilweise ausgleichen.

Andererseits ist es sehr wohl möglich, daß Zölle Preissteigerungen über das erwartete Maß zur Folge haben und damit Weiterverarbeitung und Konsum über ihre Tragfähigkeit belasten.

Schon die ersten Versuche, der Landwirtschaft durch Zollerhöhungen zu einer Steigerung ihrer Einnahmen zu verhelfen, bedeuteten für die Verbraucher die Gefahr einer Steigerung ihrer Lebenshaltungskosten. Diese Steigerung ist nicht eingetreten. Die Ausgaben für Ernährung betragen, wenn sie 1913 gleich 100 gesetzt werden, im Dezember 1929 152,6, im Februar 1930 147,9. Sie lagen damit etwa 3,5 v. H. niedriger als in den drei Vorjahren. Die Erhöhung der Zölle für agrarische Erzeugnisse hat also bis dahin auf die Ernährung der Massen keinen Einfluß gehabt.

Diese Tatsache mahnt dazu, in der Voraussage der Wirkungen auf der neuen agrarpolitischen Maßnahmen vorsichtig zu sein.

Gleichwohl wird mit einer gewissen Steigerung der Ernährungsstoffe gerechnet werden müssen, wenn die beabsichtigte Hebung des Preisniveaus für Agrarerzeugnisse eintritt. Deswegen sind die geltenden Bestimmungen so gefaßt, daß sie einen wirksamen Verbraucherschutz ermöglichen.

Zunächst ergibt sich ihr Charakter als vorübergehende Maßnahmen zur Behebung außerordentlicher Notstände daraus, daß die Ermächtigungen, die der Reichsregierung erteilt sind, mit Ablauf des 31. März 1931 ihre Gültigkeit verlieren. Die Regierung wird also ihr Vorgehen rechtzeitig darauf einrichten müssen.

Sodann liegt in der freien Ermächtigung zur Gestaltung der Zollsätze die Gewähr, daß die Regierung jederzeit Auswüchse in der Preisbildung für geschützte Nahrungsmittel durch Herabsetzung der Zölle wirksam besänftigen kann. Sie ist durch die gesteigerte Verantwortung gezwungen, mit äußerster Sorgfalt die Bewegung der Preise zu überwachen.

Bei Roggen und Weizen sind die Richtpreise aufrechtzuerhalten, die im Dezember 1929 festgesetzt worden waren. Die Jahresdurchschnittspreise von 230 und 260 RM. für die Tonne sollen der Regierung für ihre Entscheidung über Zolländerungen einen Anhalt geben.

Der Reichstag hat eine Entschleunigung angenommen, in der die Regierung ersucht wird, Vorlagen für die Herabsetzung von Zollziffern zu machen, die eine unerwünschte Verteuerung verursacht haben, wenn während der Geltungsdauer des Gesetzes eine Verteuerung der Ernährungsstoffe nach den amtlichen Indexziffern von mehr als 15 Punkten eintritt. Es ist nicht zu zweifeln, daß die Regierung dieser Entschleunigung nachgehen wird.

Vielleicht wird die allgemeine Abwärtsbewegung der Preise, die sich in dem Abfluten des Gesamtindex ausdrückt und auch auf dem Weltmarkt deutlich erkennbar ist, eine mäßige Preissteigerung der Ernährungsstoffe erträglich machen. Wenn andere Kosten des Lebensunterhalts, insbesondere die Ausgaben für Bekleidung und sonstigen Bedarf, ihre Abwärtsbewegung fortsetzen würden, könnten dadurch Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt in etwas ausgeglichen werden.

Von größter Bedeutung für den Verbraucher wird es sein, wie sich die Zwischenglieder zwischen ihm und dem Landwirt, die Müller, Händler, Bäder, Fleischer, in ihrer Preisbemessung einstellen werden. Sie können durch eine maßvolle Preispolitik den Verbraucherinteressen und damit den Bedürfnissen der gesamten Volkswirtschaft entgegenkommen, besonders wenn sie betriebl. sind, ihren Umsatz durch Zurückführung ihres Nutzens auf ein möglichst geringes Maß zu steigern, statt auf großen Nutzen bei geringem Umsatz auszugehen.

IV.

Wie sich die neuen Agrargesetze auswirken werden, wird einmal von ihrer Handhabung durch die Regierung, dann aber auch von der Einstellung aller Beteiligten zu ihnen abhängen. Preisbewegungen beruhen nicht nur auf realen Tatsachen, sondern in hohem Grade auch auf stimmungsmäßigen Grundlagen. Eine Teuerung kann nicht nur durch Verknappung der Ware, sondern auch dadurch herbeigeführt werden, daß eine Preispsychose gewekt oder gefördert wird. Das möchte vermieden werden. Köhnwollen wären die unausbleibliche Folge. Zu solchen tiefergehenden Erschütterungen des Wirtschaftslebens liegt aber mindestens zunächst noch keine tatsächliche Veranlassung vor.

Es ist zu hoffen, daß nach der Erregung, die sich aus der raschen Folge heftiger Agrardebatten ergibt, eine ruhige und abwartende Beurteilung der Lage Platz greifen wird. Dann wird sich gewiß zeigen, daß es der Regierung möglich sein wird, in der Durchführung der neuen Gesetze die beiden großen Richtlinien der Wirtschaftspolitik weiterzuverfolgen, die bereits 1929 aufgestellt und eingehalten wurden: Hilfe der Landwirtschaft — Schutz dem Verbraucher.

Aus der Arbeit der Reichszentrale für Heimatsdienst im vergangenen Etatsjahr.

Von Ministerialrat Dr. Strauß, Leiter der R. f. H.

Durch die nicht unbedeutliche Etatsverkleinerung, die im Reichshaushalt des abgelaufenen Etatsjahres infolge der finanziellen Notlage des Reiches vorgenommen worden war, hat die Aufführungsarbeit der Reichszentrale in dem zurückliegenden, am 1. April abgelaufenen Arbeitsjahre es gelungen ist, die ohnehin im Vergleich zu der umfangreichen Aufgabe sehr bescheiden dotierte Volkswirtschaft auf einem einigermaßen befriedigenden Stand zu halten, ist im wesentlichen der starken Anspannung aller amtlichen und ehrenamtlichen Kräfte und namentlich wohl auch dem Umstand zu danken, daß sich die Aufführungsarbeit überall im Reich in wachsender Maße eingeführt hat und mit der tatkräftigen Hilfe zahlreicher behördlicher und kommunaler Stellen und der freien Verbände rechnen konnte. Nur diesen Umständen dürfte es zu verdanken sein, daß in einer Zeit, in der zwar die Bedeutung der haatspolitischen Aufführungsarbeit mehr denn je erkannt wurde und die Tätigkeit der Reichszentrale sich in wachsender Weise bewährt und als unentbehrliches Glied in dem großen Körper der politischen Aufführungs- und Erziehungsbewegungen aller Art erwies hat, eine durch die Finanzlage erzeugte empfindliche Einschränkung der Arbeit vermieden wurde.

Unter den umwälzenden Verhältnissen mußte allerdings das Druckverfahren der Reichszentrale so stark wie möglich eingeschränkt werden, obgleich selbstverständlich eine reichliche Übermittlung des Aufführungsmaterials für die Auswirkung der haatspolitischen Arbeit im Lande durch Vermittlung der mitarbeitenden Organisationen, Redner und Vertrauensleute von grundlegender Bedeutung ist.

Unter den Publikationen des vergangenen Jahres mag hier das Material erwähnt werden, das zum 10. Dorfkommunaltage herausgegeben wurde, und ferner die zahlreichen Zeitlinien über die Reparationsfrage, z. B. das Ergebnis der Pariser Sachverständigenkonferenz, die finanziellen Bedürfnisse, das Gesamtergebnis und die tatsächliche Auswirkung der Haager Konferenz, die landwirtschaftliche Notlage, die Reform der Arbeitslosenversicherung und dergleichen. Es würde zu weit führen, die einzelnen Publikationen hier aufzuführen, zumal sie den Lesern des „Heimatsdienstes“ im wesentlichen bekannt sind. Als eine erfreuliche Tatsache aber verdient es festgehalten zu werden, daß im vergangenen Jahre die Schriften aus Kreisen der Vertrauensleute und Organisationen in einem Umfang nachgefordert worden sind, wie dies nie zuvor der Fall gewesen ist, so daß fast für alle Publikationen über den Rahmen des normalen Bedarfes hinaus Nachdruck in erheblichem Maße notwendig geworden sind. Auflagen von 100 000 bis 150 000 Stück sind nichts Ungewöhnliches geblieben. Besonders lebhafter Anerkennung wert ist auch, soweit der Zentraleit Urteil zu Ohren gekommen sind, das Mitteilungsblatt „Der Heimatsdienst“ erfreut, das sich immer mehr zu einem ausgezeichneten Übermittlungsgang (adpolitischen) Wissens auf allen Gebieten entwickelt hat. Auch hier ist die Aufgabe in erfreulicher Weise gelöst, insbesondere ist der Bezug durch die Schulen und Institute für Erwachsenenbildung nicht unbedeutlich gewachsen. Auch die Auslandsausgabe des Heimatsdienstes, die Zeitschrift „Deutschland“, hat nicht zuletzt dank der Förderung der beteiligten Kreise, darunter auch der großen Deutschsorgungsorganisationen, welche gute Aufnahme gefunden, ein außerordentliches Wachstum hauptsächlich im auslandsdeutschen Bereiche zu verzeichnen und zeitungen, gibt Zeugnis von der wachsenden Beliebtheit dieser Zeitschrift.

Was das Vortragswesen der Reichszentrale anlangt, so ist zunächst ganz allgemein festzustellen, daß eine leichte Einschränkung, die die Zahl der Veranstaltungen infolge der geringeren Mittel erleiden mußte, durch die gesteigerte Zahl der Teilnehmer an den einzelnen Vorträgen wettgemacht worden ist, so daß die Auswirkung gegenüber der früheren Zeit zweifellos nicht abgenommen hat. An größeren haatspolitischen Lehrgängen haben im vergangenen Jahre (im Vorjahre 57) teilgenommen mit einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl am Einfuhrort von 450 gegenüber 400 im Vorjahre. Alle wichtigen aufbauenden, so wie reparationspolitischen, Erziehungspolitischen, sozial- und verfassungspolitischen Themen, die durch die Ereignisse des vergangenen Jahres besonders politische Bedeutung gewonnen, sind bei diesen Veranstaltungen von besonders prominenten sachverständigen Rednern behandelt worden.

In kleineren haatsbildnerischen Bildungsstagen (Wochenendtagungen) sind im abgelaufenen Jahre 650 hat 237 im Vorjahre abgehalten worden. Die Zahl der Teilnehmer betrug insgesamt 114 500. Auch hier ist es erreicht worden, daß durch einen gesteigerten Durchschnittsbesuch von 176 Teilnehmern hat 146 im Jahre 1929 die vorjährige Gesamtzahl von 108 000 Teilnehmern trotz der verringerten Veranstaltungszahl übertroffen worden ist.

Der Rednerstab der Landesabteilungen, der sich wieder in vielfach aufopferungsvoller Weise für das Gelingen der Veranstaltungen eingesetzt hat, hat überall hohe Anerkennung für die Qualität seiner Leistungen gefunden. Die Themen entsprachen im wesentlichen den haatspolitischen Lehrgängen.

An Spezialveranstaltungen haben die Lehrtage mit 84 die Zahl der vorjährigen sogar überstiegen. Die Teilnehmerzahl hat insgesamt 14 000 betragen.

Ferner haben in wichtigen Industriezentren, wie Bochum, Essen, Köln, Krefeld, Dortmund, Düsseldorf, Weimar, Breslau, Gleiwitz, Königsberg, gewerkschaftliche Führerkonferenzen in Zusammenarbeit mit den drei großen Gewerkschaftsrichtungen stattgefunden (insgesamt 12) und weiter im ganzen Reich eine Reihe von Spezialveranstaltungen für Verwaltungsbeamte, Beamte der Schulpflicht.

Einen Heinen Rückgang hat der Bereich von Kirchbildern gegenüber dem Vorjahre erlitten: er betrug 9453 hat 9850. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die haatspolitisch wichtigen Themen eine starke Zunahme gegenüber den mehr künstlerisch-kulturellen zu verzeichnen haben.

Merken in der Methodik der Reichszentrale war die Wanderausstellung „Deutscher Lebensstil“. Diese Ausstellung, die aus etwa 70 Schaufenstern, Karren und beweglichen Modellen und Leuchtmobilen der verschiedensten Art besteht, ist im Februar erstmalig in Berlin gezeigt worden. Sie ist in den ersten 24 Monaten bereits von 25 000 Besuchern besichtigt worden, darunter zahlreichen Schulfleuten. Das entspricht einem Tagesdurchschnitt von 350 Besuchern. Eine zweite Aufstellung ist im März von der Deutschen Handelsbolz Akt.-Ges. in Stuttgart gezeigt worden; sie wird von dort ihren Weg weiter in Süddeutschland gehen. Die dritte Aufstellung ist unmittelbar nach Ostern in Kiel zur Aufstellung gelangt. Mit den Ausstellungen sind ferner zahlreiche Führungen und haatspolitische Vorträge verbunden worden.

Kommunaltage für die Arbeit des vergangenen Jahres erscheint das überall in geradezu überraschendem Maße gewachsenen Interesse für eine sachliche haatspolitische Volkswirtschaft. Dies ergibt sich auch aus dem bisher unerreichten hohen Besuch oder Veranstaltungszahl und namentlich aus der starken Jnanfrage der Reichszentrale durch die behördlichen Stellen und freien Organisationen. Nicht nur die großen Bestellungen und Nachforderungen auf das Schriftmaterial sind in dieser Hinsicht charakteristisch, sondern namentlich der Umstand, daß die Nachfragen nach den haatspolitischen Bildungsvorrichtungen aller Art seitens der Verwaltungs- und Kommunalbehörden geradezu überausmäßig zahlreich gewesen sind, und ebenso die Anforderungen auf Zehngegenstände durch die privaten Organisationen aller Art für ihre eigenen politischen Veranstaltungen. Während in früheren Jahren die Initiative meist von der Reichszentrale auszugehen pflegte, bildet sich hier allmählich eine gewisse Umkehr der Verhältnisse heraus, indem die Reichszentrale fast nur noch auf Anforderung, also geäußert und erwünschtemäßig, tätig zu werden braucht. Ja, mehr noch: Die Anforderungen und Wünsche sind so zahlreich geworden, daß es im Hinblick auf die sehr beschränkten Finanzmittel nur zum Teil möglich gewesen ist, sie zu erfüllen.

Sicherlich werden die Aufgaben der Reichszentrale im kommenden Etatsjahr nicht geringer sein als in den früheren. Heute schon zeigen sich gewisse politische Fragestellungen, insbesondere wirtschaftlicher, sozialpolitischer und ausserpolitischer Art, die die Öffentlichkeit in der nächsten Zeit zweifellos hart beschäftigen werden. Es sei nur auf die tief einschneidenden Probleme der Gestaltung der öffentlichen Finanzen, der Verwaltungseinfachung, der Agrarfrage mit allen ihren Konsequenzen für die gesamte Wirtschaft, der Obshilfe und der Augenpolitik nach der Rheinänderung hingewiesen.

Die Reichszentrale glaubt, den Beweis erbracht zu haben, daß es ihr in den letzten Jahren gelungen ist, im Lande ein Faktor zur Verschärfung des politischen Meinungsampfes zu werden. Die politischen Bestrebungen der privaten Verbände aller Art, nicht zuletzt auch der Parteien, haben durch diese Sacharbeit im Ergebnis eine weithin freundlich aufgenommen und verhältnismäßig begriffene Erwähnung erhalten. Denn schließlich kommt jede Hebung der haatsbürgerlichen Bildung und des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verstandes allen wertvollen politischen Bestrebungen, insbesondere natürlich dem Staate selbst, zugute. Ist es doch unzweifelhaft die Wirkung einer solchen planmäßigen, parteipolitisch neutralen und das tatsächliche im politischen Geschehen hervorhebenden Volkswirtschaft, ohne weltanschauliche Meinungsverschiedenheiten zu berühren, die überflüssige Kräftevergeudung im politischen Kampfe einzuschränken und dazu beitragen, das Staatsleben mit dem Maß von Gemeinschaftsgeist zu erfüllen, ohne das Selbstbehauptung und Fortschritt auf die Dauer unmöglich sind.

Der Parlamentarische Beirat der Reichszentrale für Heimatdienst.

Dem Parlamentarischen Beirat der Reichszentrale für Heimatdienst gehören gegenwärtig die folgenden Reichstagsabgeordneten an: Reichsminister a. D. Sollmann, Wiedemann (S. P. D.), Prof. Dr. Spahn, Reichsbahndirektor Ebererz (D. U. D. P.), Prälat Professor Dr. Schreiber, Landesrat Ehrhardt (Zentrum), Dr. Cremer, Staatssekretär a. D. Ehrh. v. Rheinbaben (D. V. P.), Reichsminister a. D. Dr. Kälig, Kemmer (D. D. P.), Handwerksammerpräsident Dunkel, Hömberg (Wirtschaftspartei), Hartwig, Lambach

(Christl.-Nat. Arbeitsgemeinschaft), Schwarzer (Bayr. V. P.). — Der Reichsrat hat als ständige Vertreter im Beirat bestimmt: Ministerialdirektor Dr. Brecht, Gesandter Dr. von Preger, Gesandter Dr. Uebelthau.

Zu Vorsitzenden hat der Parlamentarische Beirat in seiner Sitzung vom 13. Dezember 1928 die folgenden Mitglieder gewählt: Reichsminister a. D. Dr. Kälig, Vorsitzender; Reichsminister a. D. Sollmann, stellv. Vorsitzender; Landesrat Ehrhardt, stellv. Vorsitzender.

Walther von der Vogelweide.

Von Paul Fechter.

Ein Meistersingerklang weht um diesen Namen: „Herr Walther von der Vogelweide — Der ist mein Meister gewesen.“ Etwas von Musik ist um ihn, ein fernes Klingen, Sang aus den Tagen, da die deutsche Welt groß und leuchtend und reich sich auswirkte in Werken, deren Ruhm noch heute die Welt überstrahlt.

Siebenhundert Jahre sind seit dem Tode Herrn Walthers dahingegangen. Als er starb, regierten die Staufer, der zweite Friedrich, um dessen rätselvolle Gestalt noch heute kluge Männer viele Bücher schreiben. In Bamberg Dom entfianden die herrlichen Frühwerke der Plastik um den Peterschor, in Tauburg wurden die Gestalten der Stifter errichtet, jener Männer und Frauen, in denen die Riesenzelt Walthers und Wolframs, des Albertus Magnus, des Doctor universalis, der damals zu Köln lebte und lehrte, und des ersten Mystikers, des Doctor seraphicus Johannes Bonaventura, wie in großen Sinnbildern unvergänglich fortlebt. Siebenhundert Jahre sind seitdem vergangen: aber im Werk Walthers wiesen diese Jahrzehnte in ihrem ganzen Reichtum weiter. In seinen Sprüchen redet ein Mann jener unerhörten reichen und starken Zeit, ein aufrechter, stolzer und überlegener Mann; aus seinen Liedern singt ein Mensch, lebendig und fühlend über die Jahrhunderte hinweg, getragen von dem ganzen, tiefen Lebensgefühl seiner Epoche, also daß sein lebendiges Empfinden allen Wandel der Sprache überdauert hat und noch heute aus dem fernen und doch so verwandten Lauten des Mittelhochdeutschen ebenso klar zu uns spricht wie einst zu seinen Zeitgenossen.

Drei Stationen sind es, an die man, wenn der Name Walthers auftaucht, immer wieder denkt. Zuerst steigt das Bergland Südtirols auf; dort im heute verlorenen Land, auf dem Vogelweidhof bei Eiken, nach anderen oberhalb Gossensfeld, bei Schellenberg, wo sich heute noch ein Wald befindet, der Vorder- und Hinterogelweide genannt wird, soll seine Wiege gestanden haben. Das Bestimmt der Familie muß in jedem Fall ziemlich beschaffen gewesen sein: „Fogelweida“ war nach dem Sprachgebrauch der Zeit meist Name für zerstreut liegende

Weller, Höfe oder gar Einden im Walde. Und wenn Herr Walther oben im Serzinger Walde zur Welt gekommen ist, dann war er auch nicht eben reich mit Glücksgütern besegnet; denn die „Vogelweide“ zählte, wie Franz Pfeiffer festgestellt hat, nur einen Herzfing von drei Pfund, also kaum den sechsten Teil von dem, was andere entrichteten. — Hier im Südtirolischen war die erste Station dieses Lebens: dann wuchs als zweite, weithin sichtbar, die Wartburg auf. Neben Walther tritt die Gestalt des Mannes, der als der größte Berufsgenosse jener Zeit zu ihm gehört: Wolfram von Eschenbach. Der saß seit 1203 in Thüringen, zu Eisenach, am Hof des Landgrafen Hermann: Zu ihm stieg Walther, und es ist kein Wunder, daß später die Sage aus diesem Nebeneinander der beiden und all der anderen, die am Hofe Hermanns auftauchten, die Mär vom Sängerkrieg auf der Wartburg gesommt hat, daß Walther zusammen mit Wolfram nach der Überlieferung der Meistersänger mit zehn anderen Gründern der ersten Sängerschule gewesen sein soll.

Und schließlich die dritte und letzte Station: Franzen. „Ich han min Kehen, al die werlt! Ich han min Lehen!“ — das dem Älteren nach einem unsteinen Leben ohne Raft und Heimat wieder Boden unter die Füße gab, lag im Fränkischen, wie Wolframs Heimat Eschenbach. Und



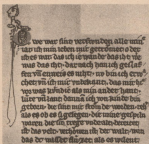
Walther v. d. Vogelweide
Nach d. groß. Heidelberger Liebesanhängsfrist

Dies Lehen, das dem Älteren nach einem unsteinen Leben ohne Raft und Heimat wieder Boden unter die Füße gab, lag im Fränkischen, wie Wolframs Heimat Eschenbach. Und

in Würzburg, im heute verschundenen Kaufangrillen zwischen Dom und Neumünster, hat er auch die letzte Ruhestätte gefunden, die noch heute die hübsche Sage umschwebt, daß nach dem letzten Willen des toten Dichters auf seinem Grabstein täglich den Vögeln Brot und Wasser gegeben werden sollte. Aber die Chorherren von Neumünster hatten es für besser gehalten, an Stelle der Gabe für die Vögel weniger poetische eine Sammelstiftung treten zu lassen



Bogenhäuser in Dozen



Ein Bildnis Walthers v. d. Vogelweide
Der Heidelberger Liebesanhängsfrist

und nur noch an seinem Geburtstag bei einem großen Semmeleffen Herrn Walthers zu gedenken. Also daß noch nach seinem Tode die frommen Väter, gegen die er in seinem Leben so oft angekämpft hatte, über den freundlichen Willen des Sängers den Sieg davontrugen. — Denn es war ein unsäetiges, aber es war auch ein kriegerisches Leben,



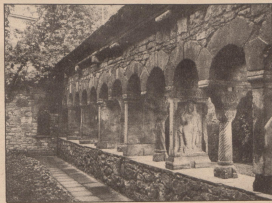
Der obere Vogelweidhof bei Dogen.
Die wahrscheinlichste Heimstätte Walthers, v. d. Vogelweide



Eisenach, Wartburg

voll Gefühl für Recht und Freiheit, gegen alles Versteckte, Verkehrte, Unfreie und Falsche. Man hat ihn nicht mit Unrecht die öffentliche Meinung der Zeit um 1200 genannt: Er hat in einem harten, starken und rauhen Jahrhundert geseigt, wie hart trotz allem die Macht des Geistes sein kann, wenn sie von einem unerschrockenen, aufrechten Menschen geübt wird.

Darüber hinaus war er, getragen von der großen geistigen und Gefühlswelle jener Zeit um den Beginn des 13. Jahrhunderts der erste, in dem die deutsche Seele jenseits des Tages und endlich wieder in deutschen Worten, deutschen Versen zu klingen begann. Noch heute wandert sein „Unter der Linden auf der Heiden“ lebendig wie nur je durch unsere Welt: noch heute sind seine Strophen, die die lebendige Beziehung zur deutschen Sprache der gotischen und vorgotischen Zeit aufrecht-



Kreuzgang an der Baumhäuserstraße in Wartburg,
der das Grabmal Walthers von der Vogelweide im Kalkmörtelstein umschließt

erschlungen mit dem Lied von der Linde und dem „Schöne sang die Nachtigall“. Das erfüllte Dasein eines großen Menschen liegt dazwischen, wert, daß man heute und nicht nur heute seiner gedenkt.



Walthers von der Vogelweide-Denkmal in Dogen



Wartburg, Hof

Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Von Regierungsrat Dr. Joachim Fischer.

Die Verbände der Arbeitnehmer, die Gewerkschaften, sind längst hinausgewachsen über ihre ursprüngliche Aufgabe, durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeber, äußerlich durch Arbeitskampf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern und ihren Mitgliedern in der Organisation durch Unterrichtsanstalten usw. einen Rückhalt bei den Wechselfällen des Lebens zu bieten. In den Jahrzehnten vor dem Kriege vielfach durch Gesetz und Behörden unterstützt, haben sie sich doch immer fester durchgesetzt und sich — namentlich während des Krieges — eine zunehmende beherrschende Anerkennung errungen. Seit der Staatsumwälzung, die die Gewerkschaften zu verfassungsmäßigen (Mitgliedern) des politischen Lebens machte, haben sie einen erstaunlichen Aufschwung genommen. Heute umfaßt das Wirkungsgebiet der Gewerkschaften das gesamte arbeitsrechtliche, wirtschaftliche und soziale Leben der Nation in einer Weise, daß es daraus nicht mehr wegedacht werden kann. Es greift aber über die Grenzen des eigenen Landes hinaus und stellt einen wichtigen Faktor für die Zusammenarbeit der Völker dar.

Seit in diesen Blättern das letzmal über die deutsche Gewerkschaftsbewegung berichtet worden ist („Heimatdienst“ 1927, Seite 192), ist eine weitere Aufwärtsentwicklung der Gewerkschaften zu verzeichnen, die bis in die letzte Zeit hinein angehalten hat. Allerdings konnten sie den Höchststand an Mitgliedern, den sie kurz nach der Begründung der Republik im Jahre 1920 mit fast 11 Millionen Köpfen aufzuweisen hatten, noch nicht wieder erreichen. Die Mitglieder a n a m e, die nach 1920 im Gefolge der inneren Wirren, der Inflation und der Wirtschaftskrisen bis zum Jahre 1928 anhielt und die bei den Arbeitern etwa 50 p. H. der ursprünglichen Bestände ausmachte, ist aber einer fähigen kräftigen Zunahme gewichen. Diese Zunahme ist, wenn auch in ungleichem Maße, bei den drei großen Gewerkschaftsrichtungen zu beobachten, nämlich bei den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (A. D. G. B.), zusammengeschlossenen freien (dem Sozialismus zuneigenden) Gewerkschaften, bei den christlichen Gewerkschaften, die ihren Spitzenverband im Deutschen Gewerkschaftsbund (D. G. B.) haben und bei den im Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände verbundenen freisittlich-nationalen Verbänden. Der erstgenannte Spitzenverband umfaßt nur Arbeiter, steht aber mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (der sog. Afa) in einem Kariellverhältnis. Insefamt dürften alle Gewerkschaftsverbände zur Zeit etwa 7 1/2 bis 8 Millionen Mitglieder zählen. Geht man von den Zahlen über die veränderte Bevölkerung aus, so ergibt sich, daß etwa jeder dritte Arbeitnehmer in Deutschland organisiert ist.

Aber die Entwicklung, den Aufbau und die Tätigkeit der Verbände im Jahre 1928 sehen ihre gegen Ende des Vorjahres erschienenen Jahrbücher einen guten Überblick. Danach sind im Jahre 1928 die Mitgliederzahlen des A. D. G. B. um rund 10,2 p. H., auf 4,86 Millionen gestiegen, obwohl in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 eine sehr fühlbare Verschlechterung des Arbeitsmarktes eintrat, die erfahrungsgemäß dem Aufsteig der Mitgliederzahlen ungünstig ist. Die Beitragseinnahmen betragen nicht weniger als rd. 222 Millionen RM., die Ausgaben rd. 190 Millionen RM., was eine Steigerung um etwa 60 Millionen RM. gegen das Jahr 1927 bedeutet. Für Unterhaltungen, insbesondere für Arbeitslosen- und Krankenunterstützungen, wurden etwa 62,5 Millionen RM., für Arbeitsfämpe 23 Millionen RM. ausgegeben. Die Beitragseinnahme betrug je Mitglied 44 RM. Die Tendenz zur Bildung von Industrieerben an Stelle der reinen Berufsverbände machte sich auch 1928 stark geltend. Die Zahl der dem A. D. G. B. ange-

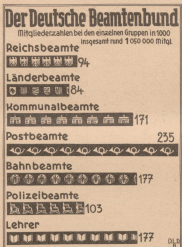
schlossenen Verbände ging infolge der Konzentration von 38 auf 35 zurück, die Zahl der Zweigvereine von 13 372 auf 13 810. Die sogenannten Eigenbetriebe der freien Gewerkschaften — z. B. der Verband sozialer Baubetriebe, die Arbeiterbank, die eigenen Versicherungsunternehmungen wie die „Volksfürsorge“ und die „Eigenhilfe“ — die Verlags-Gesellschaft usw. — entwickelten sich günstig. So beschäftigte die dem Verband sozialer Baubetriebe angehörigen Bauhilfen im Jahresdurchschnitt 1928 17 900 Personen, und der Umsatz der Arbeiterbank stieg von 1,55 Milliarden RM. im Jahre 1927 auf 2,056 Milliarden RM. im Jahre 1928.

Die Mitgliederzahl des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der Arbeiterfämpe des D. G. B., hat im Jahre 1928 einen Zuwachs von 43 784 Mitgliedern auf 763 843 Mitglieder erfahren. Demnach war das Wachstum der christlichen Gewerkschaften im Verhältnis schwächer als das der freien Gewerkschaften; bei den letzteren machte der Mitgliederzuwachs 10,2 p. H., bei den christlichen 6,1 p. H. aus. Die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften betrug 1928 etwas mehr als ein Siebtel derjenigen der freien Gewerkschaften. Eine Übersicht über die Verteilung der Mitgliederzahlen der christlichen Gewerkschaften auf die einzelnen Bezirke zeigt, daß das Rheinland mit rd. 190 000 Mitgliedern und Westfalen mit rd. 146 000 Mitgliedern die Kandestelle sind, in denen die christlichen Gewerkschaften am stärksten vertreten sind. Sehr weit dahinter steht der überwiegend landwirtschaftliche Bezirk Bayern mit rd. 71 000 Mitgliedern. — Die Einnahmen des Gesamtverbandes betragen im Jahre 1928 24,6 Millionen RM., gegen im Jahre 1927 20,9 Millionen RM., die 1928 insgesamt 16,3 Millionen RM. betragen gegen 13,5 Millionen RM. im Jahre 1927, und auf Arbeitsfämpe 4,8 Millionen RM. Unterhaltungen rd. 4 Millionen RM. Mitglieder betragen die Beitragseinnahmen RM. bei den freien Gewerkschaften. Auch die christlichen Gewerkschaften unterhalten in starkem Ausmaß Eigenbetriebe.

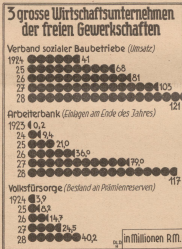
Der dritte Arbeiter-Spitzenverband, der Verband der Gewerkschaften Deutschlands (Hilfs-Düsseldorfer Verbände) tritt in seiner zahlenmäßigen Bedeutung gegen die beiden anderen Richtungen weit zurück. Seine Mitgliederzahl dürfte 1928 etwa 170 000 betragen haben.

Unter den Spitzenorganisationen der Angestellten hatte der Afa-Bund am 1. Januar 1929 eine Mitgliederzahl von 421 000 Mitgliedern, der zum D. G. B. gehörende Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften, dem auch der bekannte Deutschnationale Handlungsgehilfenverband mit damals etwa 347 000 Mitgliedern angeschlossen ist, zählte etwa 500 000 Mitglieder. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten schließlich, der zum Gewerkschaftsring gehört, umfaßt 1928 etwa 502 000 Mitglieder. Bei der zahlenmäßigen Entwicklung der Angestelltenverbände spielten naturgemäß die strukturellen Veränderungen der deutschen Volkswirtschaft, die eine starke Vermehrung der Angestellten im Gefolge hatten, eine bedeutende Rolle. — Auf die vielseitigen Selbsthilfe-einrichtungen der Angestelltenverbände (Stellenvermittlung, Unterrichtsanstalten, Erholungsheimen usw.) sei in diesem Zusammenhang wenigstens hingewiesen.

Noch ein paar Worte über die internationalen Zusammenhänge der Gewerkschaften. Die freien Gewerkschaften sind im Internationalen Gewerkschaftsbund (I. G. B.), der seinen Sitz in Amsterdam hat (der sog. I. I. Internationale), zusammengeschlossen. Dieser I. G. B. zählte Anfang 1929 etwa 13,6 Millionen Mitglieder. An der Spitze marschiert Deutschland mit über 5 Millionen freien Gewerkschaftern; es folgt Johann England mit etwa



20,8 Millionen RM. die 1928 insgesamt 16,3 Millionen RM. im Jahre 1927, und auf den Kopf des 31,50 RM. gegen 44



5,7 Millionen, in weiterem Abstand Frankreich mit 766 000 Mitgliedern. Ausland fehlt ganz im I. G. B. Auch die außereuropäischen Gewerkschaften sind im I. G. B. nur schwach vertreten, insbesondere gehören die amerikanischen und mexikanischen Gewerkschaften nicht dazu. Die christlichen Gewerkschaften haben vor kurzer Zeit sich ebenfalls international zum Internationalen Bund der christlichen Gewerkschaften zusammengeschlossen. Ihr Verband hat seinen Sitz in Utrecht in Holland, wo die christlichen Gewerkschaften, die in den anderen Ländern verhältnismäßig schwach vertreten sind, seinen Fuß gefaßt haben. Die Gesamtmitgliedszahl des „Internationalen Bundes“ dürfte etwa zwei Millionen betragen.

Die Lage im Kohlenbergbau.

Von Heinrich Köffler.

Der deutsche Kohlenbergbau leidet zur Zeit unter einer scharfen Absatzkrise, im Gegensatz zum vergangenen Frühjahr. Sie ging von der allgemeinen Depression in der Wirtschaft aus und wurde durch den sehr milden Winter verschärft. Im Jahre 1929 erzielte der deutsche Kohlenbergbau einen Förderhöhenrekord. Wie wird es 1930 sein? Fest dürfte schon jetzt stehen, daß Absatz und Produktion des Jahres 1929 weit unterschritten werden. Mit 165,45 Millionen Tonnen Steinkohle und 174,45 Millionen Tonnen Braunkohle wurden 1929 die bisher höchsten Förderziffern innerhalb der jetzigen Staatsgrenzen und ohne Saarbergbau erreicht. Der Steinkohlenbergbau überschritt die Förderung von 1915 um 22,6 Millionen Tonnen und der Braunkohlenbergbau um 87,2 Millionen Tonnen. Aus seiner Kohlenförderung in 1929 erzeugte der Steinkohlenbergbau 58,55 Millionen Tonnen Koks und 5,5 Millionen Tonnen Briketts und der Braunkohlenbergbau 42,26 Millionen Tonnen Braunkohlenbriketts. Koks- und Braunkohlenbriketterzeugung fanden 1929 ebenfalls auf einer noch nicht erreichten Höhe. Den Kokerolen des Steinkohlenbergbaues schließt sich die Gasgewinnung und fortsetzend eine ausgedehnte chemische Industrie an. Ammoniak, Benzol und Teer sind in der Hauptsache Erzeugnisse des Steinkohlenbergbaues. Die Veredlung der bergbaulichen Produktion, bis hinauf zum hochwertigen Medikament, macht immer weitere Fortschritte, seitdem sich die Erkenntnis durchgerungen hat, daß die Kohle nicht nur zum Verbrennen da ist.

Wenn auch nur eine kurze Betrachtung über die deutsche Kohlenwirtschaft geschrieben werden soll, dann ist es doch erforderlich, des deutschen Kohlenaushandels in diesem Zusammenhang zu gedenken. Nach den Angaben des Statistischen Reichsamts wurden in 1929 eingeführt — nach dem Hejwert auf die Einheit Steinkohle umgerechnet — 10,5 Millionen Tonnen Kohle mit einem Gesamtwert von 215 Millionen RM. Dieser Einfuhr stand die Ausfuhr mit 45 Millionen Tonnen Kohle — ebenfalls nach dem Hejwert auf Steinkohle umgerechnet — mit einem Gesamtwert von 860,2 Millionen RM. gegenüber. Die deutsche Kohlenaushandelsbilanz war demnach in 1929 mit 645 Millionen RM. a. t. v. Die Kohlenlieferungen auf Reparationskonto sind in den Ausfuhrzahlen mit enthalten. Die diesbezüglichen Bestimmungen des Versailler Vertrages sind übrigens am 10. Januar 1930 erloschen. Die belgisch-französisch-italienische Kohlenbedarfsbedingung, die zum Teil aus deutschen Reparationslieferungen erfolgte, steht nunmehr unter dem Zeichen des freien Wettbewerbs der europäischen Kohlenüberschußstaaten Deutschland, England und Polen. In England, das man nicht als unschuldig an den Bestimmungen des Versailler Vertrages bezeichnen kann, freut man sich, daß die deutschen Kohlenwagnislieferungen nicht mehr praktisch sind. Man hofft dort auf den Märkten in Belgien, Frankreich und Italien durch den freien Wettbewerb größeren Absatz zu finden wie bisher. Das Gebiet dem deutschen Bergbau höchste Aufmerksamkeit, um seine Konkurrenzfähigkeit zu behaupten.

Im 1929 hat der deutsche Inlandsrohstoffverbrauch die bisher höchsten Ziffern erreicht. Nach dem Hejwert auf Steinkohle umgerechnet, betrug er im Monatsdurchschnitt 14,025 Millionen Tonnen gegen 13,119 Millionen Tonnen in 1928 und 12,325 in 1913. Die Verbrauchsahlen beziehen sich auf das jetzige Staatsgebiet und ohne das Saarbecken. Beachtenswert ist, daß der Verbrauch des letzten vollen Vor-

tragen. — Außerdem beziehen zahlreiche internationale Berufssekretariate, sowohl der freien wie der christlichen Richtung, die die Interessen der einzelnen Berufsverbände wahrnehmen. Auch die Angehörigenverbände freihändlerischer nationaler Verbände sind international organisiert im Verband neutraler Angehörigenorganisationen. — Erwähnt sei schließlich die kommunistische Gewerkschafts-Internationale, der hauptsächlich die sowjetrussischen Gewerkschaften angehören.

In diesen internationalen Zusammenhängen liegt natürlich eine wertvolle Pionierarbeit für die Völkerverständigung. So stellen die Gewerkschaften Hilfstruppen des Völkerverdens dar.

kriegsjahres nicht unwesentlich überschritten wurde trotz großer Umstellungen im Kraftstoffverbrauch und der Energieerzeugung. Der strenge Winter in 1928/29 hat natürlich den Kohlenverbrauch auch erhöht, genau so wie der milde Winter von 1929/30 den entgegengesetzten Einfluß ausübt.

Welchen Einfluß die Wirtschaftsdepression und der vergangene milde Winter auf den Absatz des Kohlenbergbaues und damit auf die Produktion und den Beschäftigungsgrad nehmen, das offenbaren am besten die Wagengestellungsziffern der Reichsbahn für den Kohlentransport. Im Januar 1930 herrschte noch Ungewißheit darüber, wie der Winter sich einstellen würde, und der Kohlenabsatz konnte daher mit „gut“ jenseit werden. Als aber dann der milde Februar seinen Einzug hielt und die allenthalben gefüllten Kohlenlager nicht abgerufen wurden, setzte plötzlich eine ruckartige Absatzflutung ein. Die Wagengestellungszahlen der Reichsbahn machen dies klar. Es wurden in Einheiten zu 10 Tonnen für den Kohlentransport gestellt:

In Arbeitstag	für den Steinkohlenbergbau	für den Braunkohlenbergbau
Im Februar 1929 . .	45 638	17 359
Im März 1929 . . .	47 279	17 988
Im Februar 1930 . .	32 938	11 559
Im März 1930 . . .	31 950	10 481

Diese Zahlenfestelung ergibt, daß im Februar 1930 für den Steinkohlenbergbau 12 700 Zehntonnenwagen = 27,8 v. H. je Arbeitstag weniger benötigt und gestellt wurden wie in demselben Monat des Vorjahres. Im März 1930 waren es 15 329 = 32,4 v. H., weniger wie im März 1929. Für den Braunkohlenbergbau waren es im Februar 1930 rund 6000 Zehntonnenwagen = 34,5 v. H., weniger wie im Februar 1929 und 7507 = 41,7 v. H. im März 1930 weniger wie im gleichen Monat des Vorjahres. Daß die Absatzflutung im Braunkohlenbergbau verhältnismäßig am stärksten ist, erklärt sich aus der Tatsache, daß das Braunkohlenbrikett in der Hauptsache ein Hausbrandfeuermittel ist. In den Zahlen der Wagengestellung kommt die Absatzkrise, unter welcher der Kohlenbergbau zur Zeit leidet, fraglos zum Ausdruck. Viele Millionen Tonnen Kohle werden auf Halben gestürzt, feierächtigen werden ohne Zahl eingelegt, um die Produktion zu droffeln, und Arbeiterentlassungen werden vorgenommen. Aus dem Ruhrbergbau wird gemeldet, daß dort vom 29. Dezember 1929 bis 5. April 1930, die Kohlenproduktion einschränkt, 2 405 559 feierächtigen eingelegt wurden. Bei dem tatsächlichen Baroedienst von 8,98 RM. je Mann und Schicht entstand dadurch ein Gesamtlohnverlust in der vorgenannten Zeit von 21,6 Millionen RM. Im Durchschnitt des Monats Januar betrug die bergmännische Belegschaft des Ruhrgebietes 561 859 Mann und im März nur noch 546 056. In West-ober-schlesien ist die bergmännische Belegschaft von 60 402 Mann im Januar auf 52 081 Mann im März zurückgegangen. In den beiden größten Bergbaurevieren sind also immerhalb von zwei Monaten 24 124 Bergarbeiter zur Entlassung gekommen. Daß die Bergarbeiter allgemein unter der gegenwärtigen Absatzlage schwer zu leiden haben, ist ganz offenbar. Es muß dringend gehofft werden, daß sie sich bald zum Besseren wenden. So scharf sich diese Absatzkrise auch zur Zeit ausdrückt, so muß doch festgehalten werden, daß sie von der allgemeinen Wirtschaftsdepression und dem milden Winter ausging und es daher unsinnig wäre, von der sterbenden Kohle zu reden.

Völkerverbund als Volksbewegung.

Von Dr. H. Kirchhoff, Geschäftsführer der Deutschen Liga für Völkerverbund.

In Deutschland ist der Völkerverbund noch weit davon entfernt, die Herzen des Volkes zu bewegen. Zwischen dem Völkerverbund und dem deutschen Einzelmitgliedern fehlt der Kontakt. Noch ist der Völkerverbund in Deutschland unpopulär.

Im Ausland versteht man oft, daß wir erst 1926 in den 1920 gegründeten Bund eingetreten sind. Dorthin hatten wir uns um diese Organisation, von der uns nichts Freundliches widerfahren war, nur wenig gekümmert, und wenn der Name Völkerverbund in der Öffentlichkeit fiel, so sicherlich in Verbindung mit dem Gedanken an das Versailler Friedensdiktat. Wir sahen im Völkerverbund ein Instrument zur Fortsetzung der Rachepolitik mit anderen Mitteln. Wir waren nicht Mitbegründer des Völkerverbundes, auch nicht aufgeforderte Mitglieder, wir wurden sogar trotz Aufnahmearbeiten nicht als Mitgliedsstaat zugelassen. Auch die deutsche Presse begann erst 1926, nach Cocarno, mit Deutschlands Eintritt, dem Genfer Bunde lebhafteres Interesse zuzuwenden, nachdem sie bis dahin nur selten und kurz auf seine Arbeiten eingegangen war.

So kommt es, daß in Diskussionen über Fragen des Völkerverbundes, besonders bei der Behandlung von Teilproblemen, häufig eine bedenklliche Unkenntnis der Aufgaben und Bedeutung des Bundes zutage tritt. Reichstagsverhandlungen, Agrarprogramm und Finanzreform sind populäre Themen. Steuerorschläge werden eifrig debattiert. Daß aber die Steuerfragen in engem Zusammenhang mit den Reparationsfragen stehen, wird oft nicht beachtet. Und nicht einmal die primitive Tatsache ist in aller Bewußtsein, daß der Völkerverbund mit seinen Ratsfassungen und durch die häufigen persönlichen Aussprachen zwischen den Leitern der Gesandte der großen Staaten die Plattform gibt, auf der über Existenzfragen, die jeden von uns angehen, verhandelt wird.

Schon lediglich die Bedeutung des Völkerverbundes als Basis für eine Umwandlung des Versailler Diktates in neue, durch Verträge allmählich nach freier Entschlebung der Kontrahenten zu gehaltene Beziehungen der Staaten untereinander würde die deutsche Mitarbeit und ein Interesse der breiten deutschen Öffentlichkeit rechtfertigen. Tatsächlich liegen aber weitere große Aufgaben im Arbeitsprogramm des Völkerverbundes, die ebenfalls jeden einzelnen betreffen. Die internationale Regelung der Arbeitsbedingungen, die das Genfer Arbeitsamt, eine der wertvollsten Organisationen des Völkerverbundes, beschließt, die Tätigkeit der Wirtschaftsabteilung, die sich bemüht, einen Stillstand zur Erleichterung und Verbilligung des internationalen Warenaustausches durchzuführen, die Seuchendämpfung der Hygieneabteilung und der Austausch der Geisteswerke, den die Organisation für internationale geistige Zusammenarbeit anstrebt, alle diese Arbeiten kommen dem einzelnen in ihren schließlichen Auswirkungen zugute.

Die Allgemeinheit wiederum muß die Tätigkeit des Völkerverbundes, als des Hüters des Weltfriedens, der in seiner Satzung die Garantie für die Abbrüstung aller seiner Mitglieder übernommen hat, einer händigen kritischen Beobachtung unterziehen. Die Allgemeinheit muß dafür Sorge tragen, daß der Völkerverbund durch Mitwirken bei der Zeit als verantwortungsbewusstes Organ der Allgemeinheit seiner Aufgabe im Rahmen seiner Satzung gerecht wird, daß er auftretende Konflikte in ihrer friedensfördernden Wirkung erkennt, den Ursachen mit objektiver Sachlichkeit nachgeht und auch von seinem satzungsmäßigen Recht, sogar auf die Unhaltbarkeit vertraglicher Bindungen hinzuweisen und für Abhilfe zu sorgen, Gebrauch macht. Endlich, die Regierungen allein können den Völkerverbund nicht vorwärts treiben. Als Regierungen sind wir der Völkerverbund niemals eine Seele bekommen, erst eine Volksbewegung kann ihm Leben geben.

Das erste Land, das diese Notwendigkeit einer seelischen Verbindung zwischen Volk und Völkerverbund erkannt hat, ist England. In kurzer Zeit hat sich dort eine Bewegung entfaltet, die an unseren früheren Flottenverein erinnert. Eine Million Einzelmitglieder scharen sich um die englische Völkerverbundliga, die League of Nations Union. Diese Organisation, die sich aus allen Parteilagen und aus allen sozialen Schichten zusammensetzt, will neben die jetzige Organisation der Regierungen in Genf ein freies Parlament der Völker setzen, in dem die Delegierten aller Völker, nicht nur der Staaten, sondern auch der Nationen einschließlich der nationalen Minderheiten im großen Interesse der Allgemeinheit die Geschäfte der Welt betreiben sollen. Nach dem Muster der englischen Liga haben sich gleiche Organisationen in allen Staaten der Erde gebildet. Sie alle haben sich zusammengeschlossen zu einem internationalen Verband, der Völkerverbund-Eigenunion in Brüssel, dem ersten Parlament der Nationen. Dieser Verband, der einmal jährlich in Plenarsitzung mit je 10 bis 20 Delegierten aus 55 Staaten und von etwa 20 Minderheitsorganisationen und dreimal jährlich in Kommissionsitzungen und Exekutivauschüssen tagt, verhandelt über alle Gebiete, die mit dem Völkerverbund in irgendeinem Zusammenhang stehen.

Deutschland ist mit der Deutschen Liga für Völkerverbund in diesem Weltvolksverein vertreten. Auch die Deutsche Liga umfaßt im Vorstand, Präsidium und Mitgliederkreise alle Parteien und Schichten. Mit ihren etwa 5000 Einzelmitgliedern kann sie sich jedoch nicht mit ihrer englischen Schwesterorganisation messen. Sie verfolgt mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zunächst einmal eine sachgemäße Vertretung der deutschen Interessen in der Eigenunion, durch die Vorbereitung der Sitzungen, durch Sachkommissionen, durch Vorbereitung von Resolutionsentwürfen und Begründungen in fremden Sprachen und Abordnung sachkundiger Delegierten zu den internationalen Tagungen.

In der weiteren größeren Aufgabe hat die Deutsche Liga für Völkerverbund noch nicht ihrer englischen Schwester folgen können: eine deutsche Volksbewegung für Völkerverbandarbeit wachzurufen. Solange aber in Deutschland nicht die Notwendigkeit einer deutschen aktiven Völkerverbandpolitik allgemein anerkannt und das Interesse hierfür in allen Volksschichten erwacht ist, kann auch von einer Mitarbeit des deutschen Volkes in der parlamentarischen Völkerverbewegung, wie sie die Eigenunion ausübt, nicht die Rede sein.

Man läßt sich eine derartige Interessenerneuerung der Allgemeinheit nicht künstlich erzeugen. Es gilt zunächst einmal, einen Grundstein zu legen. Nichts wäre verfehlter, als den noch heute in allen Theatern und Varietés üblichen Verkünderungen des Völkerverbundes „Werbeorträge“ entgegenzustellen. Was nützt, ist nicht Derbeberate für den Genfer Völkerverbund, sondern Aufklärung über die in Genf liegenden Möglichkeiten für eine nationale Außenpolitik, die für das eigene Land das Ehrenvolle und Gewinnreiche will, ohne rücksichtslos die eigene Vormachtstellung zu erkämpfen. Zu diesem Ziele führt im Völkerverbund der Weg über zunächst unpolitische Verhandlungen auf wirtschaftlichen, humanitären, sozialen und wissenschaftlichen Gebieten, die den Boden zu der allmählichen Verständigung über die beiden Kernfragen des Bundes bereiten. Diese Kernprobleme, die allgemeine Abbrüstung und das offene Bekenntnis zur friedlichen Regelung auch politischer Streitigkeiten, können erst durch Volksbewegungen in allen Staaten verhandlungsfähig gemacht werden. Das abgerüstete Deutschland hat mehr als alle anderen Länder Veranlassung und Möglichkeit, diese beiden Probleme, die für die zukünftigen Beziehungen der Staaten untereinander entscheidend sind, populär zu machen.

Zur Zeitgeschichte

Eine Hindenburg-Ehrenmünze.

Zu Ehren des Reichspräsidenten von Hindenburg, der das fünfte Jahr seiner Präsidentschaft vollendet, hat die Staatliche Münze in Berlin eine Gedenkmünze geprägt, die in Gold, Silber oder



u.
Bronze
von der Zentralstelle
Deutschlands

Gedenkmünzen, Berlin, Unter den Linden 29, bezogen werden kann.

Der Österreichisch-deutsche Handelsvertrag.

Mit verhältnismäßig geringen Unterbrechungen war man unter den größten Schwierigkeiten während der letzten Jahre bemüht, die handelspolitischen Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland in einen Vertrag zu regeln, der als stabile Grundlage des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs dienen konnte. Immer wieder aber mußten die Arbeiten am Abschluß eines großen Vertragswerkes verschoben werden, immer wieder mußten die beiderseitigen Delegierten, die abwechselnd in Wien und Berlin verhandelten, ihre Bemühungen vertragen, weil sich immer neue beträchtliche Schwierigkeiten einer definitiven Regelung entgegenstellten. So fielen die Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland auf allen Gebieten des kulturellen Lebens sich entwickeln hatten und so erfolgreich in den letzten Jahren die Arbeiten an der Gleichgestaltung des öffentlichen und nationalen Lebens hinsichtlich der Verfassung, der Verwaltung, in der Justiz usw. sich gestaltet, auf dem Gebiete des Wirtschaftsverkehrs zwischen den beiden Staaten war kein sichtbarer Erfolg zu verzeichnen, der den Interessen beider Partner in gleicher Weise gebietet hätte. Dabei war es gänzlich ungerathen, daß man unter dem Namen eines Schuldens zu jenen, da sich die Partner bei Wirtschaftsverhandlungen, solange solche geführt werden müssen, nicht nur mit der selbstverständlichen Pflicht und Aufgabe an den Verhandlungstisch setzten, die Interessen der von ihnen vertretenen Wirtschaftskörper wahrzunehmen, sondern dabei noch in Frage haben mußten, wie weit die dem Verhandlungsgegner gewährten Zugeständnisse auf Grund des Meißbegünstigungsrechts nicht auch zahlreichen anderen Staaten automatisch zufließen müßten.

Infolge der weitgehenden Paralleltät aller wirtschaftlichen Verhältnisse in den beiden deutschen Staaten sind aber noch dazu die Interessen der Wirtschaftskreise, die sie umfassen, gleichgerichtet und für den Fall großer Lausgeschäfte, wie die Handelsverträge nun einmal sind, besonders angezogen. Diese weitgehende Homogenität der nationalökonomischen Struktur hat die Verhandlungen unendlich erschwert.

Dazu kam zwischen Deutschland und Österreich noch die Schicksalsgemeinschaft der letzten Jahrzehnte. Der gemeinam verlorne Krieg, die schweren Kämpfe um den Wiederaufbau der Produktion in der Nachkriegszeit, die volkswirtschaftlichen Krankheitserscheinungen der Inflations- und Deflationszeit, der zollpolitische Stachelndruck zwischen den ehemaligen Kriegsgenossen und den Suffizienzstaaten in Mitteleuropa (in besonderen: das alles ergab eine wirtschaftliche Gleichartigkeit die beim Fortbestehen der staatlichen Grenze sich zu einem Sonderfall handelspolitischer Hemmnisse auswirten mußte.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß sich Österreich durchaus in der Situation des Schwächeren befand. War das Deutsche Reich durch den Krieg auch wirtschaftlich unendlich geschwächt und auch volkswirtschaftlich besonders wertvoller Grenzgebiete beraubt, so erinnerte sich das Österreich im Augenblicke seiner unfernwilligen Entstehung um einen vollkommenen wirtschaftlichen Lario, und je mehr die europäischen Staaten bemüht schienen, im politischen Verkehr miteinander allmählich die Kriegszustandstätt abzubauen und eine neue Welt auf der geistigen Grundlage der Friedlichkeit und Verjüngung zu schaffen, desto härter war die handelspolitisch der europäischen Staaten in dieser Zeit noch dem kriegerischen Denken beeinflusst, und das Schlagwort der Autarkie bildete insbesondere für die Nachfolgestaaten den Vorwand, sich gegen das neue Österreich durch ungeheure Zollmauern so sehr aufzurufen, daß es zu einem wirtschaftlichen Kerker zu werden abzule.

Um so härter orientierte sich Österreichs Wirtschaft nach Deutschland, und tatsächlich verdichteten sich die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten immer mehr, so daß Deutschland für Österreich sowohl hinsichtlich der Einfuhr wie der Ausfuhr seit Jahren an erster Stelle steht. Leider geriet diese an sich erfreuliche Entwicklung infolge allmählich zum Nachteil Österreichs, als seine Ausfuhr nach dem Deutschen Reich immer härter zurückging, während gleichzeitig die reichsdeutsche Einfuhr nach Österreich in kaumenswerten Prozentfügen wuchs. So stieg im Vorjahre das Passivum Österreichs gegenüber Deutschland von 238 auf 540 Millionen Schilling. Bei einem Gesamtdefizit von 1067 Millionen bedeutet dies, daß rund ein Drittel des Einfuhrüberschusses, an dem Österreich leidet, durch das Defizit des Wirtschaftsverkehrs zwischen Deutschland und Österreich verursacht wurde. Die Einfuhr aus Deutschland im Werte von fast 700 Millionen Schilling stellt etwa ein Drittel des österreichischen Gesamtimports dar. Im Jahre 1929 exportierte Österreich nach Deutschland Waren im Werte von 350 Millionen Schilling. Das sind jedoch nur etwa 16 v. H. des österreichischen Gesamtexports.

Nicht nur vom rein materiellen Interesse Österreichs aus gesehen war dieser Zustand unhaltbar geworden, er bereitete auch den vielen warmherzigen Freunden Österreichs im Reich schwere Sorgen; und wandelte es sich bei den Vorkesslungen Österreichs gegen eine derartige gefährliche Gestaltung seiner Handelsbeziehungen zum Reich nicht nur um ideale Motive, sondern auch um Befürchtungen wirtschaftspolitischer Notwendigkeiten, so waren für die Treuhänder der österreichisch-deutschen Beziehungen im Reiche die rein idealen Momente Anlaß genug, für eine Verbesserung des Wirtschaftsverkehrs zwischen Österreich einzutreten.

Dieses Ziel wäre nicht erreicht worden, wenn man die Vorbereitung und führung der Verhandlungen auch weiterhin den Vertretern der Interessentengruppen und ihren beamteten Delegierten überlassen hätte. Schon vor seiner Reise nach Berlin hatte der österreichische Bundeskanzler Scheber auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Österreich und dem Reich politisch anzuführen, und es war der wesentliche Erfolg seines Berliner Aufenthaltes, den Handelsvertragsverhandlungen einen so starken Impuls gegeben zu haben, daß sie tatsächlich binnen relativ kurzer Zeit danach zum Abschluß kamen. So wurde endlich am 12. April das Schmerzenskind der deutsch-österreichischen Beziehungen, der Handelsvertrag, geboren, diesseitig und jenseits der Staatsgrenzen mit reiblicher Sehnduft erwartet. Ji es auch ein Wirtschaftsabkommen, das sich äußerlich kaum von den Dutzenden Staatsverträgen unterscheidet, welche die beiden Regierungen mit verschiedenen anderen Partnern getätigt haben, so kommt doch diesem Vertrag eine Bedeutung zu, die über seinen Text und seine Anlagen weit hinausgeht.

Zunächst ist die Grundlage des Vertrages das Meißbegünstigungsrecht, auf dem auch die meisten anderen Handelsverträge beruhen, aber man ist doch an einigen Stellen, z. B. in den Bestimmungen über die gleichmäßige Behandlung auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens, über die übliche Meißbegünstigungsauffassung hinweggegangen.

Als besonders bemerkenswert muß ein Umstand betrachtet werden, der eine scheinbare Ausnahme von der Meißbegünstigung darstellt. Der Vertrag enthält die Bestimmung, daß die Meißbegünstigung auf die Verpflichtungen nicht anwendbar sein soll, die auf Grund eines Zollvertrages eingegangen wurden. Anstatt der eben Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland dürfte dieser Punkt wohl in erster Linie für den Fall ins Auge gefaßt sein, daß eben diese beiden deutschen Staaten selbst eine Zollvereinbarung eingehen. So weicht der Vertrag in dieser Verlaufsicherung auf das Ziel hin, das diesmal noch nicht erreicht werden konnte und doch von den Urhebern des Vertrages nicht außer acht gelassen wurde.

Scheint daher der österreichisch-deutsche Handelsvertrag, wenn man ihn mit den hochliegenden Plänen vergleicht, die haben und drüben immer wieder aufgetaucht sind, wenn man daran denkt, wieviel man schon über seine Fiktion zwischen Österreich und Deutschland gesprochen hat, wenn man an die Deutsche Klausur erinnert, die manche Handelspolitiker als Grundlage eines besonderen zollpolitischen Verhältnisses zwischen Österreich und Deutschland für möglich hielten, als ein Minimum, das in den mühseligen monatelangen Arbeiten erreicht werden konnte, so bedeutet doch dieses Abkommen ein großes Werk im Hinblick auf die ungehörigen Hindernisse, die erst beseitigt werden mußten. Bei aller Kritik auf beiden Seiten ist er ein großer Schritt vorwärts auf dem Wege der Verwirklichung oder gemeinschaftlichen Interesses ohne Vorbehalt. Denn im Gegensatz zu anderen Verträgen, denen er äußerlich ähnelt, liegt sein Wert nicht so sehr in den handelspolitischen Vorteilen, die er für die Partner mit sich bringen wird, als vielmehr in den

Opfern, die feinstenwegen auf beiden Seiten gebracht werden mußten. Und dieser Umstand bietet die trostreiche Gewähr, daß selbst schwere materielle Opfer nicht gefürchtet werden, wenn es um die großdeutsche Einheit geht.

Das Ende der Londoner Flottenkonferenz und ihre Ergebnisse.

Die Londoner Flottenkonferenz ist, wenn auch noch nicht formell, so doch praktisch zu Ende. Ihre Ergebnisse sind ein Dreimächtepakt England, Amerika, Japan über Kreuzer, Zerstörer und Unterseeboote und ein Fünfmächtepakt England, Amerika, Japan, Frankreich und Italien über Schlachtschiffe und die Vermeidung des Unterseebootkrieges. Der erstere soll die Abmachungen der Washingtoner Abrüstungskonferenz vom Winter 1921/22 vervollständigen. Er gilt in den genannten Schiffskategorien England eine Gesamttonnage von 341 700, Amerika, ein solche von 326 000 und Japan eine solche von 367 000 Tonnern. Diese Gesamttonnage verteilt sich auf die einzelnen Schiffskategorien wie folgt: Große Kreuzer: England 146 800, Amerika 180 000, Japan 108 400 Tonnern; Kleine Kreuzer: England 192 200, Amerika 143 500, Japan 103 450 Tonnern; Zerstörer: England und Amerika je 150 000, Japan 105 500 Tonnern; Unterseeboote: alle drei Mächte 52 700 Tonnern. Amerika ist bereit, diese Ziffern als vollkommene Parität zwischen sich und England anzuerkennen. Japan hat sich mit 60 v. H. der amerikanischen Schlachtschiff- und Großkreuzer-Tonnage und mit 70 v. H. der Kleinen Kreuzer und Zerstörer einverstanden erklärt, dafür aber in den Unterseebooten vollkommene Parität mit England und Amerika erhalten.

Der Fünfmächtepakt England, Amerika, Japan, Frankreich und Italien über Schlachtschiffe und die Vermeidung des Unterseebootkrieges enthält zunächst einmal einen Befehl, der fünf Mächte, bis zum Jahre 1936 jeglichen Neubau an sogenannten Großkampfschiffen zu unterlassen und in dieser Zeit auch auf alle Ersatzbauten für die infolge Erreichens der in Washington vorgesehenen Altersgrenze außer Dienst zu stellenden Schlachtschiffe zu verzichten. Er bestimmt weiterhin, daß ein Unterseebootkommandant vor der Verletzung eines Handelschiffes für die Sicherheit der Besatzung zu sorgen und sich dementsprechend in jeder Beziehung wie jeder andere Kriegsschiffkommandant zu verhalten hat. Darüber hinaus aber enthält er noch allen Dingen ein Abkommen, durch das die Flotten in zwei Schiffskategorien als Dienstschiffe und bei der Rüstungsbeschränkung eingeteilt werden und gleichzeitig damit die Höchsttonnage für Zerstörer und Unterseeboote auf 2000 Tonnern festgesetzt wird. Auf diese Weise soll verhindert werden, daß Länder, die keinen Wert auf Schlachtschiffe legen, die ihnen hierfür zugedachte Tonnage zum Bau von Kreuzern, Zerstörern und Unterseebooten verwenden und sich durch Steigerung der Einzeltonnage der letzten beiden Schiffskategorien in diesen einen Ersatz für Kleine Kreuzer schaffen. Jeder Macht sind nur drei Zerstörer beziehungsweise Unterseeboote mit einer höheren Einzeltonnage von 2000 Tonnern zugelassen worden, aber auch sie dürfen nicht größer als 2800 Tonnern sein.

Diesen bis zu einem gewissen Grade wenigstens positiven Ergebnissen der Londoner Flottenkonferenz stehen aber nicht minder bedeutungsvolle negative gegenüber. Zu letzteren gehört zunächst einmal die Feststellung, daß die von England und Amerika unerwünscht beabsichtigte gänzliche Abschaffung des Unterseebootes als Kriegswaffe nicht erreicht ist, dann aber vor allen Dingen die Tatsache, daß es nicht gelungen ist, Frankreich und Italien zu einer Verhängung über die Größe ihrer Flotten zu bringen. Beide Mächte haben bis zuletzt an ihrem ursprünglichen Standpunkt festgehalten, Italien an der von ihm geforderten Flottengleichheit mit Frankreich, Frankreich an der Ablehnung derselben. Sie wollen vermeiden, im Laufe des Sommers in unmittelbaren Verhandlungen

zu einer Einigung hierüber zu gelangen. Ob ihnen dies gelingen wird, läßt sich noch nicht übersehen und bleibt daher unklar. Soviel aber steht heute schon fest, daß, solange Frankreich und Italien sich nicht über ihre Flottenstärke geeinigt haben, der Dreimächtepakt England, Amerika und Japan über die Kreuzer, Zerstörer und Unterseeboote nur rein problematischer Wert besitzt. Ein abschließendes Urteil über die Bedeutung der Londoner Flottenkonferenz wird sich somit erst fällen lassen, wenn erst einmal das Ergebnis der bevorstehenden französisch-italienischen Verhandlungen vorliegt.

Eptm. No 8 d. e.

Ein gemeinsamer Schritt aller nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei.

Zum erstenmal seit dem Bestande der tschechoslowakischen Republik haben sich sämtliche in dem Prager Parlament vertretenen nationalen Minderheiten zu einem gemeinsamen Schritt vereinigt. Am 3. April 1930 haben die Parteien aller Minderheitsnationen, das sind die Deutschen, Magyaren, Polen und Kleinrussen (Ukrainer), die Einsetzung eines Ausschusses beantragt, der alle strittigen Angelegenheiten der nationalen Minderheiten verhandeln und Anträge zur endgültigen Bereinigung der nationalpolitischen Differenzen stellen soll. In der Begründung wird auf die Wichtigkeit dieses Schrittes für den inneren Frieden sowie auf die zahlreichen Benachteiligungen und Unbilligkeiten hingewiesen, denen die Minderheiten dauernd ausgesetzt sind. Es wird darin auch die Lösung der Frage nicht nach dem Preisge, sondern nach dem praktischen Bedürfnis verlangt. Es fehlt auch nicht der Hinweis auf den demokratischen Charakter der tschechoslowakischen Verfassung, die bekanntlich 1919/20 von den Tschechen ausgearbeitet und in der nur die tschechischen Parteien umfassenden Nationalversammlung angenommen worden war. Was in dieser Begründung des erwähnten Antrages aber gerade von einem außenpolitischen Standpunkt von großer Wichtigkeit ist, ist die ausdrückliche Betonung, daß die Heimatautonomie deutscher Parteien an der Regierung der Tschechoslowakei nur eine Frage der politischen Taktik sei, nicht aber der Billigung der staatlichen Politik gegenüber den nationalen Minderheiten bedeuten könne.

Gegenüber der von fast allen anderen nationalen Minderheiten Europas bestrittenen Politik, das Recht der nationalen Minderheiten auf dem Wege der überstaatlichen, völkerrechtlichen Bindungen zu erreichen, bedeutet dieser Antrag der in der Tschechoslowakei lebenden nationalen Minderheiten den Versuch, die nationalpolitischen und wirtschaftlichen Lebensrechte der Minoritäten auf einem innerstaatlichen, staatsrechtlichen Wege zu sichern. Ob ihm, besonders nach dem schon heute offensichtlich Widerstand der tschechischen Parteien, ein Erfolg beschieden sein wird, muß leider bezweifelt werden. Aber nicht nur theoretisch, sondern auch dann noch vom Standpunkt der praktischen Politik stehen damit die Tschechen vor der Entscheidung, eine Lösung des nationalen Problems in eigener Saale anzuführen, die sie selbst nicht als Staatsbürger des überrechtlichen Kaiserreiches für ihr eigenes nationales Dasein verlagert haben.

Was immer das Schicksal des Antrages der nationalen Minderheiten der Tschechoslowakei sein mag — und darüber wird ja nicht nur in Prag in den nächsten Wochen und Monaten eine lebhafte Debatte geführt werden —, bedeutsam bleibt die Tatsache, daß sich alle nationale Minderheiten des tschechischen Staates gegen die Minderheitenpolitik des Landes in diesem Antrag zu einem gemeinsamen Schritt zusammengefaßt haben — und zwar auch die, die mit in der Regierung sitzen —, und daß in dieser Hinsicht die Aktion der Minderheitsparteien der Tschechoslowakei dem fernseitigen Antrag Komarisch-Majarský moralisch weit überlegen ist.

Dr. Paller.

Sitzung des Internationalen Olympischen Komitees und Tagung des Olympischen Kongresses in Berlin Mai 1930.

Von Dr. Th. Lewald, Vorsitzender des Deutschen Olympischen Ausschusses und Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees.

Auf dem ersten internationalen Sportkongress, den der für das klassische Altertum und neuere Körpererziehungsideale begeisterte französische Baron Pierre Coubertin mit Unterstützung der französischen Regierung 1894 nach Paris einlud, und der unter Beteiligung zahlreicher Vertreter europäischer Länder und Nordamerikas in dem festjalen der Sorbonne abgehalten wurde, legte er ein vollständiges Programm für die Erneuerung der olympischen Spiele vor, die über 1100 Jahre, von der Mitte des achten vorchristlichen Jahrhunderts bis zu Theodosius dem Großen 594 nach Christus, bestanden hatten. Mit einer bewundernswerten Voraussicht wurden von

Coubertin nicht nur die Grundzüge, sondern alle Einzelheiten für die Durchführung der olympischen Spiele unserer Zeit festgelegt. Sie sollten alle vier Jahre stattfinden, ein Jahr vor dem Beginn neuer Spiele der neuen Spielort bestimmt werden. Ihre Regelung wurde einem Komitee übertragen, das sich selbst ergänzt, und in das nicht etwa die einzelnen Länder ihre Vertreter entsenden, sondern das seine Vertreter zu den Heimatländern als Beauftragte entsendet.

Das Komitee soll alljährlich zusammentreten und im ersten Jahre nach den in vierjährigem Turnus stattfindenden Spielen ein Kongress die allgemeinen Fragen erörtern und be-

handeln. 1894 war eine Einladung zur Teilnahme Deutschlands an dem ersten Kongress an die Deutsche Botschaft in Paris gelangt, da es damals irgendeine den deutschen Sport in seiner Gesamtheit repräsentierende Stelle in Deutschland nicht gab. Die Einladung gelangte schließlich an den Union-Club in Berlin, der nur für Pferdesport zuständig war,

dabei mit ihr nichts anfangen wollte und sie unbeantwortet liegen ließ. — So konnte kein deutscher Vertreter an der Ausgestaltung der Sitzungen teilnehmen, und es erklärt sich damit auch, daß als Verhandlungssprachen nur Französisch und Englisch vorgesehen waren. — Die ersten Spiele fanden 1896 in Athen statt. Es folgten 1900 Paris, 1904 St. Louis, wo sie in den sie erdrückenden Rahmen der zur gleichen Zeit abgehaltenen Weltausstellungen eingepaßt wurden, 1908 London und 1912 Stockholm, wo sie sich zum erstenmal in dem für diese Zwecke erbauten Stadion zu ihrer vollen Bedeutung entwickelten. Für 1916 waren sie nach einem Beschluß des Internationalen Olympischen Komitees, das erstmalig 1909 in Berlin tagte, Berlin übertragen worden. Das Deutsche Stadion in Grünwald, die erste große Kampfsportstätte Deutschlands, war rechtzeitig 1913 für sie erbaut und eingerichtet, die sportlichen Vorbereitungen durch eine Studienreise Dr. Diems nach Amerika eingeleitet, als der Krieg über uns hereinbrach und die Abhaltung der Spiele vereitelt. Ohne Deutschlands Teilnahme, noch unter den stärksten Einwirkungen der Nachkriegszeit, wurden sie 1920 in Antwerpen, 1924 in Paris abgehalten. Der gewaltige Erfolg der Spiele, die im Sommer 1928 in Amsterdam in dem zu diesem Zweck erbauten herrlichen Stadion abgehalten wurden, stehen noch in unfer aller Erinnerung. Deutschland, zum erstenmal wieder in den internationalen sportlichen Wettkampf eingetreten, vermochte den zweiten Platz, unmittelbar hinter Amerika, vor der Erde zu erringen.

Die deutschen Mitglieber des Internationalen Olympischen Komitees vor dem Kriege waren teils gefallen, teils verstorben, teils zurückgetreten. 1925 trat der Verfasser als deutsches Mitglied in das Komitee ein und nahm an den Sitzungen und dem anschließend daran tagenden Kongress teil. Er wurde auch bald in den siebengliedrigen Vollversammlung gewählt. In dem folgenden Jahre traten Dr. Ruperti, der Vorsitzende des Deutschen Ruderverbandes, und als dieser zurücktrat, Dr. Ritter von Halt als Vertreter der Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik sowie der Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg in das Komitee ein.

Nunmehr findet nach 21 Jahren zum erstenmal wieder eine Sitzung des Internationalen Olympischen Komitees in Berlin statt, an die sich der Olympische Kongress anschließt. Im Internationalen Olympischen Komitee sind jetzt 44 Nationen mit 68 Mitgliedern vertreten. Der Olympische Kongress setzt sich außer diesen Mitgliedern zusammen aus je zwei Vertretern der Nationalen Olympischen Komitees und der anerkannten großen Sportföderationen.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Internationalen Olympischen Komitees ist die Bestimmung, wo die Spiele des

Jahres 1936 abgehalten werden sollen. Diese wird indessen noch nicht in diesem Jahre, sondern erst im folgenden, endgültig getroffen werden. — Der Kongress, der am 25. Mai in der Alten Aula der Friedrich-Wilhelms-Universität vom Reichsminister des Innern feierlich eröffnet werden wird, wird in den folgenden fünf Tagen teils im ehemaligen Herrenhaus, teils, soweit es sich um



Das Berliner Stadion. Fot. G. Nieblich
Die Tribünen des großen Strena

seine Sportplatzkommission handelt, im Sportforum tagen. Drei Kommissionen werden gebildet, von denen die erste sich mit dem Amateurbegriff, die zweite mit dem Programm der Spiele, die dritte mit dem seit einigen Jahren aufgenommenen Gedanken der internationalen Einwirkung auf Verbreitung von Spiel- und Erholungsstätten befassen soll. Besondere Bedeutung beansprucht die Programmfrage, da hier der Kreis der Spiele festgesetzt wird, die als olympische betrachtet werden, und wo es sich insbesondere darum handeln wird, ob Fußball auch fernhin bei den olympischen Spielen betrachtet sein soll. Das gleiche wird für Hockey gelten, die beide in Amsterdam als Vorspiele in einem loseren Rahmen dem olympischen Programm beigegeben werden. Auch die Dauer der Spiele soll festgesetzt werden, wobei anzunehmen ist, daß sie nicht über 15 Tage (drei Sonntage einbezogen) dauern sollen. Einen wichtigen Punkt wird die Zulassung der Frauenwettbewerbe bilden, wobei man damit rechnen kann, daß namentlich die nordischen Staaten, insbesondere Norwegen und Finnland, sich gegen die Teilnahme der Frauen aussprechen werden. — Eine Reihe großer internationaler Sportorganisationen haben ihre Jahresversammlungen auf die Tage vor der Eröffnung der Komiteesitzungen gelegt. So werden sich von Mitte Mai an gegen 200 Führer des Sports aus mehr als 40 Ländern in Berlin treffen. — Die internationale Sportgemeinschaft und Sportgemeinschaft, die ihren höchsten Ausdruck in den olympischen Spielen findet, schafft, wie namentlich die Amsterdamer Spiele gezeigt haben, den Boden für eine gegenseitige Anerkennung, Wertschätzung und eine neue feilsche und gedankliche Einstellung zu den Gliedern der verschiedenen Volksgemeinschaften.



Ein aufsteigender Ramp. Fotostock

Das Jeronienell der Spiele ist mit tiefem, psychologischen Verständnis angeordnet; es umfaßt einmal die olympische Flagge, die auf weißem Grunde ohne Verzierung fünf ineinandergreifende Ringe (blau, gelb, rot, schwarz, grün) zeigt, die die fünf Erdteile darstellen und die Grundfarben aller Kombinationen staatlicher Farben begreifen, so daß die Vorchrift, daß für die Sieger in den Einzelwettbewerben die Nationalhymne des ersten Siegers gespielt wird. Wer in Amsterdam diese Zeremonie miterlebt, wird ihren tiefen Eindruck nie vergessen. — So können wir hoffen, daß auch von den Verhandlungen in Berlin eine größere Verbundenheit der Völker ausgehen wird, und daß das Samenfort wahren olympischen Geistes, wie dem Schöpfer der olympischen Spiele vorgezeichnet, nämlich des Friedens und des Verständnisses unter den Völkern, des Fortschritts zu höheren körperlichen, sittlichen und seelischen Entwicklungsstufen, zu reicher Frucht aufgehen und die Jugend aller Länder zu neuer friedlicher internationaler Bestimmung, Gesehtung und Verständigung bereiter machen wird.

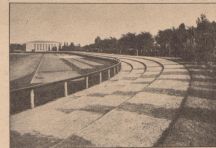


Bild vom Leichtathletikplatz auf die Turnhalle. Fot. G. Nieblich

Geschäftliche Mitteilungen.

Vollständige Seereisen. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß von den verschiedensten Gattungen von Reisen eine Seereise, zumal wenn sie auf einem komfortablen Schiffe erfolgt und zahlreiche interessante Hafen anläßt, immer zu den Reisen zu rechnen sein wird, die den erfrischendsten und erholungsbedürftigsten Publikum am meisten entgegenkommt.

Besagte von dem Alljährlichen, stets in frischer Luft bei freier Bewegung, kaum an Fehls und jahresplanmäßige Tage gebunden, unbedrängt von Staub und Hitze wird die Seereise ausgeführt. Ihr Wert in hygienischer Beziehung ist über jeden Zweifel erhaben.

Während sich früher nur Bestimmtheiten den Besuch einer Seereise erlauben konnten, ist es jetzt durch zermüdete Einstellung der Einheitschiffe der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft in den Touristendienst auch der Allgemeinheit möglich, sich eine längere Seereise zu gönnen. Eine zukunftszeitigste allererster Ordnung, die nicht hoch genug gemertert werden kann. Man stelle sich vor, daß man jetzt sogar vom 30. Mai bis zum 15. Juni mit dem Gigantenschiffe "Monte Lívia" von Genoa aus eine Reise nach Hamburg für nur 240 RM. einschließlich voller Verpflegung ausführen kann, bei welcher die Touristen das anziehende Sardinien, die traumhaft-schöne Insel Palma de Mallorca, das südliche Spanien — Malaga, Granada, Sevilla, Cadix —, das spanische Marokko (Ceuta, Tetuan) mit seinem unverfälschten orientalischen Leben, und Lissabon kennenlernen.

Es ist anzunehmen, daß diese interessante Reise recht regen Aufbruch finden wird, zumal sie auch in einer für diese Orte außerordentlich günstigen Reisezeit liegt.



BILLIGE

MITTELMEERREISE

FAHRPREIS 240.- an einschl. voller Verpflegung von RM

SPANIEN, MAROKKO, PORTUGAL

Pfingsten an den Südpolen alter maurischer Kultur (Alhambra - Sevilla, Alhambra - Granada, Tetuan mit seinem unwüchigen marokkanischen Volksleben)

Besuch der Weltausstellung in Barcelona vom 30. Mai - 15. Juni 1930

Kostenlose Auskunft und Drucksachen durch die HAMBURG-SÜDAMERIKANISCHE DAMPFSCHEIFFAHRTS-GESELLSCHAFT HAMBURG 8 - HOLZBRÜCKE 8

Vereinigte Krankenversicherungs- Aktiengesellschaft

Aktienkapital 5 Mill. RM, Reserven ca. 5 Mill. RM, Versichertenbestand über 490 000

Krankenversicherung mit Gewinnbeteiligung! Vertragsgesellschaft vieler großer Verbände! Vollständig freie Arztwahl! / Kein Krankenschein und keine Krankmeldung! / Keine ärztliche Untersuchung bei der Aufnahme! / Hohe Leistungen bei Arzt-, Arznei-, Operations- und Krankenhauskosten!

Wochenhilfe! Hohes Sterbegeld! Bei Unfall sofort-Anspruch auf die Leistungen!

Verlangen Sie kostenlos und ohne jede Verbindlichkeit Prospekt und Aufnahmeschein durch **OTTO MACK, Berlin O 17, Am Ostbahnhof 12**



FUNDAMENTE DER WELTSTADT

BERLINER SOMMERSCHAU 1930 FUNKTÜRMHÄLLEN 23.MAI-3.AUGUST

Wir vermieten

per sofort oder zum 15. 5. 1930

1 1/2 - 2 1/2 Zimmer-wohnungen

in:
Berlin-Reinickendorf Pankower Allee

Auskunft:

Vermietungsbüro der Deutschen Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaues, Gemeinnützige Aktien-Ges., Berlin-Schöneberg, Innsbrucker Straße 31

Fernruf: G 1 Stephan 6512-6517

Fortbildung

Oberrealschule
mit Internat geleitet von den
Schulbrüdern
Jilertissen b. Ulm/D.

Pädagogium Finkenwalde
bei Stettin, Waldstraße 5 Internat

Von Sexta bis Abitur
Besondere Förderung Zurückgebliebener
Prospekt durch die Direktion

Technikum Sternberg
Mecklbg.

**Pädagogium
Schwarzburg i. Thür.**

Oberrealschule mit Gabelung (Reformrealgymnasium
neueren Stils nach genoss. Muster), Sexta-Oberprima.
Staatl. Oberkurse und Abitur an der Anstalt.
Energ. Erziehung in Facht., Pflichtgefühl, Höflichkeit,
Achtung vor Erwachsenen. Strenger Unterricht.
Arbeitsst. und Aufsicht. Turnen, Wand. Basen-,
Wintersp., Gartenarb. Kl. Klassen. Indiv. Behandlg.
Dir. F. Vassel.

Vorbildung bis zum
Abitur in **Dr. Harangs Anstalt**
mit Schülerheim
Halle - Saale Perurt 2115. - Prospekt. -
Gegründet 1864

Ballenstedt/Harz
Städtisches Wollastorf-Gymnasium mit Realschule
Alumnat für Schüler sämtlicher Klassen.
Auskunft durch den Direktor.

Technikum Jümenau in
Thür.
Ingenieurschule f. Maschinenbau u. Elektrotechn.
Wissenschaftl. Betriebeführ. Werkmeisterabtlg.

Das neue Europa

Wien — Zürich — Berlin

Herausgeber und Chefredakteur Dr. Paul Hohenau.
Zeitschrift für Völkerverständigung, Friedensstabilisierung
und wirtschaftl. Wiederaufbau. Mitarbeiter u. a.
führende Persönlichkeiten der Weltwirtschaftspolitik,
Industrie und des internationalen Handels. Auslieferung:
Wien, IX., Türkenstraße 9. Jahresabonn. RM. 6.—.

Einbanddecken für 1929

in Halbleinen und Goldprägung RM. 2.—
(zuzüglich Porto und Verpackung)

sowie

Sammelmappen für 1930

RM. 2,50 zuzüglich Porto und Verpackung
Jetzt noch lieferbar!

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35

WELTPOLITISCHE BÜCHEREI

2 neue aktuelle Bände,

die zum Verständnis der ostasiatischen Probleme —
der Bestrebungen Gandhi's und Sunyatsen's —
unerlässlich sind!

Band 14: Helmuth von Glasenapp:

Britisch-Indien und Ceylon

88 Seiten mit 12 Karten in Halbleinen RM. 3.—

Band 17: Gerhard Menz:

China

88 Seiten mit 7 Karten in Halbleinen RM. 3.—

Verlangen Sie kostenlos unsere Prospekte!

ZENTRALVERLAG G. M. B. H., BERLIN W 35

8 TAGE ZUR ANSICHT!
ÖLGEEMÄLDE

Wir liefern Ihnen von **25,- RM.** an gute Ölgemälde namhafter Künstler. Verlangen Sie photog. Abb. Nr. 110 oder beschreiben Sie unverbindlich Ihren Wunsch. Für Besondere Zahlungseinstellung oder an Preisnachschlag.

DER KUNSTKREIS G. m. b. H.
Verkaufsstelle d. DEUTSCHEN MALER-GEWERBES E. V.
BERLIN C 25

Kurze Straße 17 (hinten dem Lehrervereinshaus).
Tel.: Kupferg. 4048, Götzsch. 9-4, Sonnab. 10-5.
Vernach. nach allen Pösten Deutschlands.

Wäscheversand

Leistungsfähig in

Frottierhandtücher, Badetücher, Bademäntel, Oberhemden, Bett-, Tisch-, Küchenwäsche

Paul Hartmann, Gera-Thür.
Wäsche, Bismarckstr. 17

Abessinierbrunnen

Kann jeder selbst aufstellen. Man braucht nur 10 Klappen von 50, sämtliche Ersatzteile, für alle Pumpen passend, sofort lieferbar.

Illustrierte Prospekt gratis.
A. Schepmann, Pumpenfabrik, Berlin N 300, Chausseestraße 88



Briefmarkensammler

verlangt od. Frobennummer zuerst größten Nachschub mit wertvoll. Mitteilungen
"Die Post" Berlin N 118
Friedrichstraße 131 d

Echten Tilsiter Vollicht-Käse

(gar. m. 45% Fett) u. in Steinbüschel- u. Vollicht-Käsechen können Sie zu Großhandelspreisen dir. v. Fabrikanten beziehen. Postkoll. Versand 4 Pf. D. Dampfbackerei, Stage 11/12, 4 (Hetzp.). Kr. Tilsit, Ragnit.

Abstehende Ohren



Verloren dem Gesicht einen unedigen, oft ständigen Ausdruck. Sie sind oft die Ursache an Spitteln. Wenden Sie "Ractorol" an, um abstehende Ohren werden sofort durch "Ractorol" anliegend, ohne daß das Hirnzentrum schädlich ist. Nach einiger Zeit nimmt die Ohrschmelze die verbesserte Form danach an. Keine Injektion, sondern schmerzlose äußerliche Anwendung. Garantie für Unschädlichkeit. Preis Mark 5,50. - Versand gegen Nachnahme durch Schröder-Schenke, Berlin W 163, Potsdamer Str. 26 b



Hormonin-Haus
Berlin, Lützowstraße 68

Jetzt ist der Moselwein billiger
Versuchen Sie
eine 15er, 30er od. 60er Klasse
29er Mosener 0,85
29er Orléansrheiner Königsberg 0,95
29er Schwarze Katz 1,20
27er Rheinhallenkatal 1,40
27er Rheiner Rotter 1,70
21er Pilsener Pilsener (natur) 1,50
auch sehr: Fennel Rotwein 1,-
Tischwein 0,75. Glas teilweise oder 0,50 p. Fl. rot. bestellbar u. Preisliste verlangen. Laufende Anzeigen. Teilzahlung!
Weinleiner Schmitgen, Bernsdorf 60 (Hessl.)

Honig

Ehe Sie kaufen, fordern Sie bitte unser Angebot in Postkoll. Echtheit beidseitig überwachbar. Beste Belieferung verblieben 2009 eingegangen u. 1921 Nachbestellungen in 1 Monat.
Grossmerkel u. Honighandlung, Robert Isterheil, Eberbach 131 (Sa.).

Nur Beamten und Festbesoldeten
Oberbetten
Unterbetten, Plümaus und Kissen, Bettfedern und Daun

Besten wir seit 1884 dir. ab unserer Fabrik
streng vertuschelt ohne Annahmgen gegen 9 Monate Zeit und monatliche Raten.
Erste Rate 1 Monat nach Lieferung. Jeden Bett wird für jeden Kunden nach getroffener Wahl besonders angefertigt.
Mindestwertige Ware
Fabrik u. w. r. i. c. h. l. e.
L. a. mit, notarieller Bestätigung:
1. Über 40000 Kunden in mehr als 10000 Orten.
2. Über 100000 Kunden haben zum 2. Mal und öfter nachbestellt.
3. Viele Kunden schreiben, daß solche gute Betten am eigenen Platze zu gleichen Preisen nicht zu kaufen sind.

Gehr. Passmann A.-G.
Köln 149, Trierer Straße 13.
Größtes Spezialgeschäft Deutschlands.
Verlangen Sie kostenlose Muster und Preisliste, auch Sie werden bestimmt unser Kunde.

Thür. Plümaemus

garantiert reine zuckergewasste, feinste Qualität, 10 Pf. 21er. Dieser Mk. 5,50, ab hier.
Otto Ritter, Schalles in Thür. 186, Plümaemusfabrik.

Arterienverkalkte

die mit Ihr Adresse senden, erfahren kostenlos, wie sich nach nur einfache Waisel selbst befreit. Frau Gehelmar Thewalt, Berlin 29, Badepfer Str. 23. (Auch bei Gicht, Rheuma, Ischias geeignet. Rückporto!)

ESU-Betten

Schlafzimmern, Kinderbetten, Polster, Stühle, Chaises, in jeder Teilzahl. Katalog gratis. ESU-Bettenfabrik Badli (Th.).
Rösel-Hamerling
K. Kaselstraße 55
Bismarckstr. 11, Zahlungserleichterung 6%

Wollen Sie nicht auch

„Photographieren“?

Nur so können Sie die schönen Erinnerungen von Ihrer Sommerreise im Bilde festhalten.

Schon mit der neuen Box-Tonger 2 x 4 cm zum Preise von 11,- RM. oder Box-Tonger 6 x 9 cm zum Preise von 14,- RM. erzielen Sie gute Bilder. Eine solche kleine Kamera müßte jeder Ausflügler stets mitführen. Bitte machen Sie einen Versuch. Sie werden uns für diese Anregung gewiß dankbar sein.

Wir offerieren Ihnen ferner

unsere Schlager 1930:

- Vorzügliche Kamera, doppelter Bodenansatz, Holzgehäuse, Lederhalter, Rahmenreiter, Brillantensucher, mit Anasigmat 1:6,3 in Vario-Verschluß, für Platten und Filmpacke 6,5 x 9 36,50 RM.
- Dieasche Kamera mit Anasigmat 1: 4,5 in Vario-Verschluß, für Platten und Filmpacke 6,5 x 9 46,50 RM.
- Kamera in der gleichen Ausführung, jedoch für Platten und Filmpacke 9 x 12, mit Anasigmat 1:6,3 in Vario-Verschluß 39,50 RM.
- Dieasche Kamera mit Anasigmat 1: 4,5 in Vario-Verschluß 54,50 RM.
- Reißfilm-Kamera 6 x 9, Metallgehäuse, in besonder Ausführung, mit Anasigmat 1: 6,3 in Vario-Verschluß 39,50 RM.
- Dieasche Kamera mit Anasigmat 1: 4,5 in Vario-Verschluß 50,50 RM.
- Schüler-Kamera von 6,3 RM. an.

D. L. D.-Schulkamera, Modell C, der große Schlager!

Metallkamera, in vorzüglicher Ausführung, doppelter Bodenansatz, Rahmenreiter, Brillantensucher, Schneider-Anasigmat Xenar 1:2,8, 15 cm Brennweite, in Compex-Verschluß 130,- RM.

D. L. D.-Spezial-Photobedarf anerkannt gut und billig!

Preisliste anfordern!

Nachstehend eine von vielen Anerkennungen:

Vorweg sei gleich gesagt, daß die Workemkamera volle Zufriedenheit erweckt; beide Apparate sind auf Ihre Leistungsfähigkeit gründlich geprüft worden, und da hat vor allem die Schulkamera Bewunderung erregt ob ihrer unvergleichlichen Arbeit und ihrer niedrigen Preise. Ich kann Ihnen daher für die beste Bedienung aus vollster Überzeugung nur bestes danken.

Rektor K. Z., Ostrop-Banxel.

DEUTSCHER LICHTBILD-DIENST G. M. B. H.
BERLIN W 25 — POTSDAMER STRASSE 41.

Fersprecher: B 1 Kurfürst 4766.

Entlasten Sie Ihren Betrieb . . .

indem Sie für Ihre Propagandamaßnahmen keine teuren Arbeitskräfte bezahlen, sondern

steigern Sie Ihren Verdienst . . .

durch Vermeidung aller Spesen, die sich mit einer gut durchgeführten Insertion verbunden sind.

Wir leisten Ihre Arbeit!

und stellen dazu noch unsere langjährigen Erfahrungen und hervorragenden Beziehungen auf allen Gebieten des Inseratwesens, besonders zu den Fachs und Beamten-Zeitschriften, in Ihren Dienst!

Fordern Sie ein kostenloses und unverbindliches Angebot —

Es lohnt sich!

Dr. Walter Setzelrad
Annonen-Expedition
BERLIN SW 48

Friedrichstraße 239 / Tel. Bergmann 6848